

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Negativzinsen



Eintauchen, und wir sind gerettet?

Gebühr auf Geld statt negative Leitzinsen
Leiten negative Leitzinsen?
Der größte Bankraub aller Zeiten



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,



die Ökonomen sind sich gerade sehr uneinig. Stehen wir vor einer Deflationskrise? Oder droht uns eine heftige Inflation? Staaten und Zentralbanken nehmen derzeit einiges in Kauf, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Die Staaten legen Konjunkturpakete auf – und akzeptieren ungekannte Neuverschuldungen, welche die Steuerzahler in den nächsten Jahren teuer zu stehen kommen werden. Die Notenbanken pumpen frisches Geld in den Kreislauf – wissen aber nicht so genau, ob sie es rechtzeitig wieder zurückholen können, wenn es doch Richtung Inflation geht.

Denn eigentlich ist schon jetzt genug Geld da: In Deutschland ist die Euro-menge inzwischen zweieinhalb Mal so groß wie bei der Einführung 2001 (siehe S. 9). Für die Transaktionen in der Wirtschaft brauchen wir nur rund zehn Prozent davon. Warum betreibt man dann diese Geldmengenausweitung?

Man will es besser machen als zur Zeit der Weltwirtschaftskrise zwischen den Weltkriegen, wo eine restriktive Geldpolitik die Große Depression befördert hatte. Man will einen Kollaps des Bankensystems und der Wirtschaft verhindern.

Aus Angst vor einer Abwärtsspirale und weil die klassische Zinspolitik nicht mehr so greift, wie man sich das wünscht, beschreiten Notenbanken nun ungewöhnliche Wege. Und Top-Ökonomen machen unkonventionelle Vor-

schläge, wie die Einführung von Negativzinsen, die darauf abzielen, die Kreditversorgung und damit das Funktionieren der Wirtschaft zu verbessern.

Doch wir brauchen keine weitere Geld- und Kreditvolumenausweitung – wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass das vorhandene Geld gerechter verteilt wird und tatsächlich umläuft!

Was jetzt zur angeblichen »Rettung« unternommen wird, hält nur die gigantische Umverteilungsmaschine am Laufen (siehe S. 11). Die ungerechte Verteilung ist aber schon so weit fortgeschritten, dass bei der Masse der Unternehmen und der Bevölkerung kaum noch was zu holen ist – dadurch wird die Kreditwirtschaft immer problematischer. Bleibt also nur die Ausweitung der staatlichen Kreditaufnahme? Nein, wir brauchen andere Lösungen ...

So ist es gut, dass Not erfinderisch macht und langsam alte Denkblockaden überwunden werden. Höchste Zeit, auch mal den Außenseitern zuzuhören! Silvio Gesell versuchte vor 90 Jahren in München, die Krise durch eine Geld- und Bodenreform zu überwinden. Damals konnte er sich nicht durchsetzen und behielt mit seiner Warnung vor einem neuen Krieg Recht (siehe S. 20). Heute sollten wir klüger sein.

Mit hoffnungsvollen Grüßen

Beate Bockting

Inhalt

- 3 Geldumlaufsicherung statt negative Leitzinsen
- 5 Die Zinstreppe vor und nach der Geldumlaufsicherung
- 6 Leiten negative Leitzinsen? – Interview Helmut Creutz
- 9 Die Geldhortung ist sichtbar geworden
- 10 Medienspiegel
- 11 Der größte Bankraub aller Zeiten
- 13 INWO Schweiz
- 16 INWO Deutschland
- 18 Termine + Seminarangebot
- 20 Vor 90 Jahren: Gesell in der ersten bayrischen Räterepublik
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 5. Jahrgang, Nr. 3 September 2009, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: Beate Bockting (V.i.S.d.P.), Frank Bohner, Jens Hakenes, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.500 Exemplare; davon 700 als »r-evolution« (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: photocase © Alex (Bearbeitung: C. v. Puttkamer); INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke, Karikaturen INWO: Eugen Kment; Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage; 3+11: Kostas Koufogiorgos; 5+9: Helmut Creutz; 6: Klaus Popp; 7: Europäische Zentralbank; 8+12 oben: Deutsche Bundesbank; 10: www.salzgeber.de; 12 unten: Baur; 13: Susi Bodmer/Sonntag; 15: www.euforiaktion.org/ey09; 16: Helmut Rau; 17: Dirk Grabowski; 19: fotolia.com/@Joss; 21: Foto Landauer – Quelle: Wikipedia;

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55, 60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67)

IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft oh-

ne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Geldumlaufsicherung

statt negative Leitzinsen

Die westlichen Zentralbanken stecken in einem Dilemma. Nach ihren eigenen Regeln müssten die Leitzinsen derzeit negativ sein. Das jedoch ist schlicht nicht möglich. Es fehlt ein Impuls, der den Geldumlauf anregt und gleichzeitig die Zinslasten senkt. Der Ausweg heißt Liquiditätsgebühr.

Handelsblatt, Financial Times Deutschland, New York Times – immer mehr Zeitungen widmen sich der scheinbar kuriosen Vorstellung negativer Leitzinsen. Die Modelle einiger Ökonomen verlangen danach. Die entscheidenden Fragen dabei: Sind negative Leitzinsen überhaupt machbar? Falls ja, wie ließen sie sich erreichen? Und noch wichtiger: Wäre ihre Einführung überhaupt sinnvoll?

Das Dilemma der Fachleute besteht darin, dass die Leitzinsen nach ihren Berechnungen (Taylor-Regel) derzeit negativ sein müssten. Das ist jedoch mit heutigen Mitteln nicht möglich. Leitzinsen unter null Prozent, das hieße: Die Geschäftsbanken bekommen eine Geldprämie dafür, dass sie Geld in Umlauf bringen. Eine dramatische Ausweitung der Bargeldmenge wäre die Folge.

Negative Leitzinsen seien sehr wohl möglich, betont dagegen Harvard-Professor Gregory Mankiw. Sein Kollege Willem Buiter, Professor an der London School of Economics, hat schon vor Jahren in diese Richtung gedacht und auch darüber geschrieben. Die beiden Ökonomen beweisen eine beeindruckende Innovationskraft. Doch leider fehlt auch bei ihnen der Gedankensprung vom »negativen Zins« zu einer Gebühr auf die Zurückhaltung von Liquidität. Ein scheinbar belangloser Unterschied, der in der Praxis jedoch die entscheidenden Voraussetzungen schafft.

Wesentlich für die Geldmengensteuerung ist, dass die herausgegebene Geldmenge auch



bei Wachstums- und Inflationsraten um Null gleichmäßig umläuft. Ökonomen, die rechnen können, wissen, dass sie die entscheidende Veränderung in ihrer Formel durch eine Beeinflussung der Geldumlaufgeschwindigkeit erreichen könnten. In ihren Lehrbüchern finden sie dafür jedoch kein geeignetes Mittel, außer einer erhöhten Inflationsrate – mit erheblichen Nebenwirkungen. Im Handwerkszeug der Notenbanken fehlt ein Impulsgeber, der den Geldumlauf antreibt, auch wenn die Zinsen sinken.

Gebühr auf Liquidität als Lösung des Dilemmas

Trotz einer stetigen Ausweitung der Bargeld- und Giralgeldmenge wird zu wenig Geld ausgegeben. Zins- und Inflationsraten um null Prozent machen Hortung und ver-

stärkte Liquidität (Kassenhaltung) zu Spekulationszwecken attraktiv. Als Folge verringert sich das Angebot für langfristige Kredite. Die Kassenhaltung unterliegt derzeit keinem Inflationsverlust und verursacht keine Kosten. Ein so genannter Geldstreik ist die beinahe zwingende Folge.

Der Ausweg hieße »Liquiditätsgebühr«. Der Ökonom John Maynard Keynes hat dies mit Verweis auf die Analysen des Kaufmanns Silvio Gesell (1862-1930) so beschrieben: »Jene Reformer, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient diskutiert zu werden.«

Konkret besteht der Ausweg aus dem Dilemma aus einer Gebühr auf Liquidität, also der »Kassenhaltung« von Zahlungsmitteln. Will man die Zinstreppe erhalten und gleichzeitig die langfristigen Anlagen in den Be-

Die Liquiditätsgebühr sorgt für einen gleichmäßigen Geldumlauf. Gleichzeitig wird verhindert, dass durch das Horten von Geld ein Inflationspotential aufgebaut wird.

reich um Null bringen, müssen die liquiden Mittel Kosten verursachen. Deshalb wird die Kassenhaltung mit Gebühren belegt. Die Zinstreppe kann sich so nach unten verschieben. In der Grafik von Helmut Creutz auf Seite 5 wird diese Idee anschaulich dargestellt.

Das Zurückhalten von Liquidität kann durch diese Gebühr auf Bargeld zum Kostenfaktor gemacht werden. Dadurch werden die Marktteilnehmer angehalten, ihre Liquidität weiterzugeben. Dies geschieht in Form von Käufen, Investitionen oder als Kredit an andere. Mit der Einführung dieser Liquiditätsgebühr bekämen die Notenbanken ein Mittel an die Hand, mit dem sie aktiv den Umlauf der herausgegebenen Geldmenge beeinflussen könnten. Ein damit erzielbarer gleichmäßiger Geldumlauf beugt Nachfragekrisen vor. Gleichzeitig wird verhindert, dass durch Horten von Geld ein Inflationspotential aufgebaut wird, wie das bisher geschieht. Die Verstetigung der Umlaufgeschwindigkeit beruhigt die Märkte. Das zyklische Auf und Ab durch Nachfragekrisen kann so entscheidend gedämpft werden.

Vollbeschäftigung ist finanzierbar

Ein wesentlicher Nebeneffekt besteht darin, dass das Angebot an langfristigen Ausleihungen konstant hoch bleibt. Wenn Liquidität Kosten verursacht, werden sich viele Spekulationen nicht mehr rentieren. Dafür eingesetzte Guthaben werden abgebaut und zu Gunsten mittel- und langfristiger Anlagen umgeschichtet. Dies drückt den Preis des Geldes und macht Kredite dauerhaft günstig. Unternehmen und Gesellschaft profitieren so von dauerhaft niedrigen Zinssätzen.

Die Dimension der Zinsbelastung ist vielen Bürgerinnen und Bürgern immer noch

nicht bewusst. Über 400 Mrd. Euro an Kreditzinsen müssen jährlich aufgebracht werden. In allen Preisen stecken Zinsanteile und über die Steuern bedienen wir die Zinsen der steigenden Staatsverschuldung. Entsprechend wirkungsvoll könnten die Folgen dauerhafter Zinssenkungen sein. Schon ein Absinken des Kapitalmarkt-Zinssatzes um ein Drittel würde die öffentliche Hand und die Betriebe um eine Summe entlasten, die den Gehältern von 4 Millionen Beschäftigten entspricht (Zahlen für Deutschland 2007 bei einem durchschnittlichen Bruttogehalt von 35.000 Euro).

Das Bild unten macht anschaulich, dass schon ein geringfügiges Absinken des Kapitalmarktzinses Vollbeschäftigung finanzierbar macht. Mit 4 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte die wöchentliche Arbeitszeit aller Beschäftigten auf 33 Stunden sinken ohne die Gesamtleistung zu verringern. Neue Vollzeit Arbeitsplätze würden sich positiv auf die derzeitige Absatzkrise auswirken. Einsparungen beim Arbeitslosenbudget und bei den öffentlichen Zinszahlungen würden die Steuerzahler entlasten und deren Kaufkraft zusätzlich stärken. Impulse, die die soziale Marktwirtschaft dringend braucht, um ein für alle Menschen lebenswertes Gemeinwesen zu erhalten. ■



Klaus Popp ist Referent, Seminarleiter und Autor mit dem Schwerpunkt Fairconomy. Weitere Artikel finden Sie auf seiner Homepage www.klaus-popp.info. Letzte Buchveröffentlichung: »Das Märchen vom guten Zins«. Signum-Ver-

lag 2006, 180 Seiten, 7,90 Euro, ISBN: 3-7766-8005-9

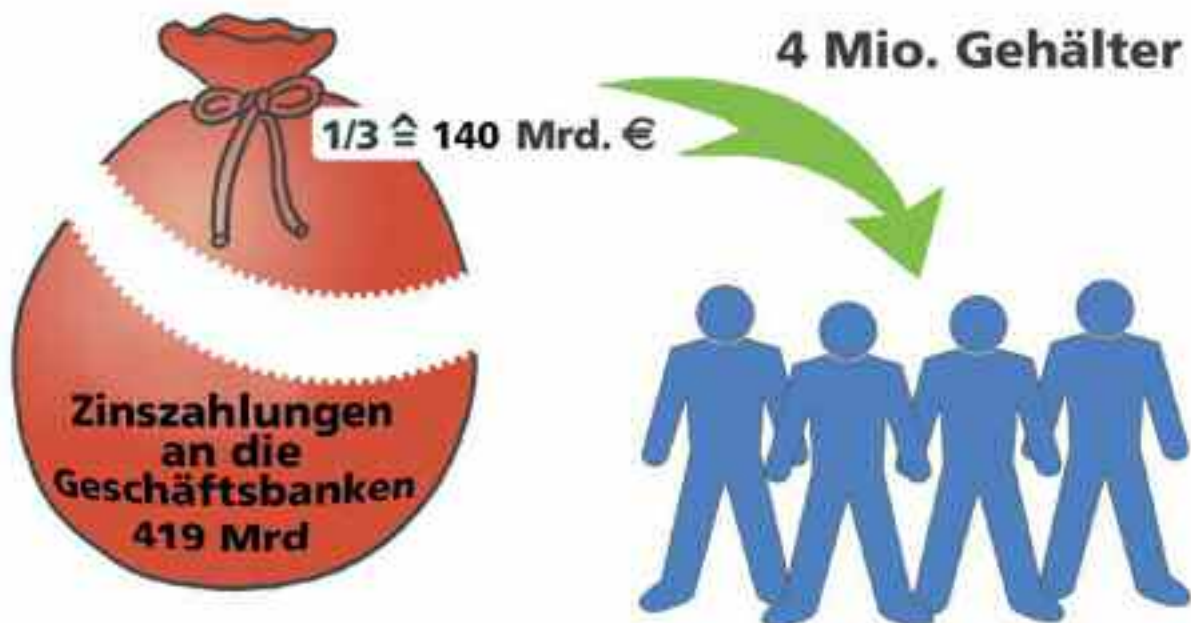


Neues Faltblatt

»Vollbeschäftigung ist finanzierbar«

Aus Anlass der bevorstehenden Entlassungswelle und den damit einhergehenden, schwierigen Tarifverhandlungen wird die INWO im Herbst ein Faltblatt und einen Standpunkt mit dem Slogan »Vollbeschäftigung ist finanzierbar« anbieten. Die Redaktion hat Klaus Popp übernommen. Wer sich mit Anregungen beteiligen will, kann sich direkt an ihn wenden. Wir hoffen, dass das neue Faltblatt die Aktivitäten der INWO-Mitglieder bei den bevorstehenden Demos und Streiks beflügelt.

Anregungen nimmt Klaus Popp gern entgegen:
E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de
Tel.: 0211-30 41 05
(Mo. - Fr. 09.00 - 11.00 Uhr)



Die Zinstreppe vor und nach der Geldumlaufsicherung

Die Grafik gibt links als Schema die Guthaben- und Kreditzinssätze in einer heutigen inflationsfreien Wirtschaft wieder, im rechten Teil nach Einführung einer Geldumlaufsicherung.

Mit dieser auf das Bargeld erhobenen Umlaufsicherungs-Gebühr wird der Liquiditätsvorteil des Geldes gegenüber den Gütern neutralisiert. Diese Gebühr – hier bei kaufkraftstabilem Geld mit vier Prozent angesetzt – verstetigt den Geldumlauf, vergrößert das Geldangebot und führt nach und nach zu einem Absinken der Guthaben-Zinssätze in den unteren Minusbereich.

In gesättigten und inflationsfreien Marktla-

gesten kann es damit – wie hier dargestellt – selbst im langfristigen Bereich zu Absenkungen der Guthabenzinsen gegen null kommen, während die Zinssätze für die kürzerfristigen Einlagen schon vorher ins Minus gehen. Das heißt, die oft strittige Umlaufsicherung für die Sichtguthaben ergibt sich automatisch.

Die sinkende Abtreppung der Kreditzinsen und die unterschiedlichen Höhen der Bankmargen ergeben sich aus den unterschiedlichen Arbeits- und Risikokosten, die mit den Laufzeiten der Kredite durchweg abnehmen. Diese Bankkosten bleiben auch bei einer Umlaufsicherung weitgehend konstant und nehmen allenfalls marginal mit den Reduzierungen der Risiken und Eigenkapitalverzinsungen ab. Ein Absinken der Kreditzinsen auf null oder in den Minusbereich dürfte jedoch unwahrscheinlich sein.

Auswirkungen:

Die Folgen sinkender und sich den Marktentwicklungen anpassender Zinssätze sind auf vielfältige Weise positiv: Das Wachstum der Geldvermögen und Schulden geht zurück und damit die zinsbedingten Einkommensumschichtungen und die daraus resultierenden sozialen Spannungen. Damit baut sich wiederum der Wachstumszwang ab, dem wir heute unsere Umwelt und Zukunft opfern.

Bei evtl. vorübergehenden Wachstumsanstiegen und Knappheiten auf den Kapitalmärkten, können die Guthabenzinsen selbstverständlich auch wieder marktgerecht mehr oder weniger über die Nullgrenze ansteigen, was aber die Sichtguthaben weniger berühren dürfte.

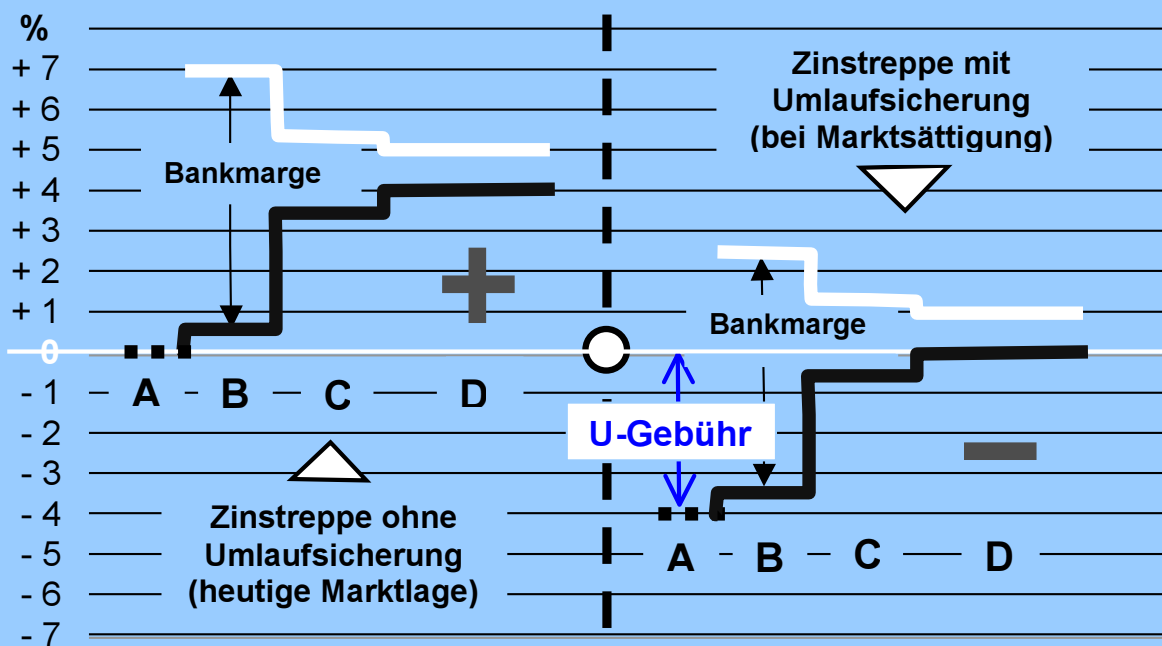
Zinssätze ohne und mit Geld-Umlaufsicherung

Schemadarstellung auf Realzinssbasis / Umlaufsicherung = Gebühr auf Bargeldhaltung

■ ■ Bargeld

— Guthabenzins

— Kreditzins



A = Bargeld / B = Sichtguthaben / C = mittelfristige-, D = langfristige Einlagen

© Helmut Creutz / Nr.087 d

Leiten negative Leitzinsen?

Interview mit Helmut Creutz

In der letzten Zeit wird in Ökonomiekreisen verstärkt über negative Leitzinsen diskutiert. Anfang Juli hat nun die Schwedische Riksbank, die Nationalbank Schwedens, die nicht zum Eurosystem gehört, einen der Leitzinssätze auf minus 0,25% gesenkt. Wozu soll so ein negativer Leitzins eigentlich gut sein?

Mit negativen Zinsen auf dem Einlagekonto – und davon ist bei diesem Leitzins die Rede – werden die Banken gewissermaßen für das zwischenzeitliche Parken von Zentralbankgeld auf diesen Konten bestraft. Das dürfte zur Folge haben, dass die Banken entweder ihre derzeit gehaltenen Überschussbestände an Zentralbankgeld abbauen oder eher für ihre bankinternen Zahlungs- und Kreditvorgänge einsetzen.

Aus welchen Gründen waren dann Negativzinsen für die Zentralbanken bislang tabu?

Weil sich Guthaben mit Negativsätzen praktisch selbst überflüssig machen! Ohne Zinsbelohnung zahlt kaum jemand Geld auf solch ein Konto ein, erst recht nicht bei einer förmlichen Bestrafung durch negative Zinsen! Und bei einer Einführung eines solchen Abzugs auf bereits bestehende Guthaben würde jeder umgehend sein Geld abheben – es sei denn, das Abgehobene würde höher belastet als auf dem Konto!

Die Geschäftsbanken werden also vermeiden, Geld bei der Notenbank zu »parken«. Neben dem angesprochenen Einlage-Zinssatz gibt es jedoch bei den Zentralbanken noch weitere Leitzinssätze. Muss man da nicht differenzieren?

Auf jeden Fall muss man da unterscheiden, denn die beiden anderen Leitzinsen sind keine Guthaben- sondern Kreditzinsen, die von der Zentralbank für das Ausleihen von Zentralbankgeld erhoben werden. Und dabei geht es vor allem um den Hauptrefinanzierungssatz, zu dem das Geld von den Zentralbanken, jeweils nach ihren Vorstellungen und Konditionen, an die Banken ausgeben wird. Über den zweiten Kredit-Leitzins, den Spitzenrefinanzierungssatz, können die Banken dann, über diese zugeleiteten Geldmengen hinaus, noch weiteres

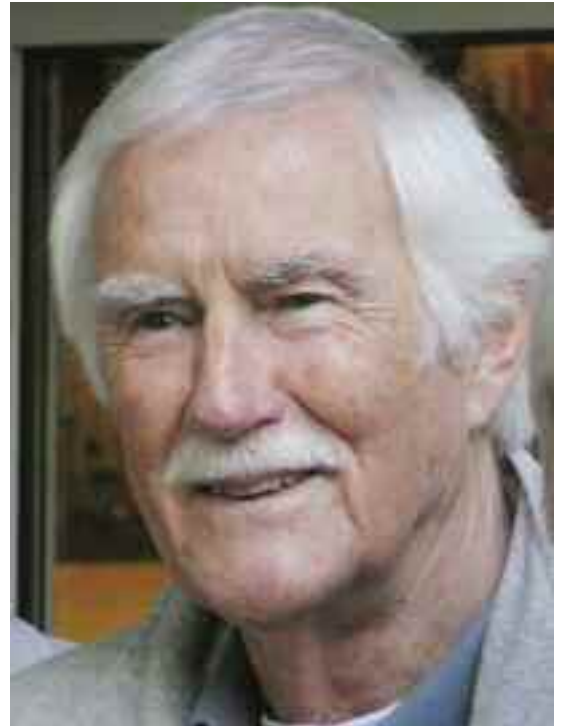
Geld erhalten. Da dieser Ausleihesatz jedoch durchweg ein Prozent über dem Hauptausgabezins liegt, wird diese Möglichkeit von den Banken nur in Ausnahmefällen in Anspruch genommen, meist sogar nur über Nacht.

Auch bei der Europäischen Zentralbank gilt der Hauptrefinanzierungssatz, zu dem sich Geschäftsbanken gegen entsprechende Sicherheiten wöchentlich mit Zentralbankgeld versorgen können, als der wichtigste Leitzins. Damit versucht die Zentralbank aber auch indirekt, die Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt zu beeinflussen. Gelingt ihr das eigentlich?

Wenn überhaupt, dann nur mit ziemlichen Verzögerungen. Außerdem ist das eigentliche Ziel der Zentralbanken bei ihren Geldmengensteuerungen weniger die Zinsbeeinflussung als der Erhalt der Kaufkraftstabilität, also der Vermeidung von Inflation und Deflation. – Bei der Betrachtung der Geld-Vorgänge müssen wir darum immer zwischen zwei Kreisläufen unterscheiden: Der erste, zwischen Zentralbanken und Banken, dient in erster Linie der Geldversorgung der Wirtschaft, also der Geldausgabe. Der zweite Kreislauf, zwischen Banken und Nichtbanken, dient dagegen in erster Linie der Kreditversorgung der Wirtschaft, also der Geldweitergabe über Ersparnisbildungen und Ausleihungen derselben.

Die Kreditzinsen der Wirtschaft sind also was ganz anderes?

Die Zinsen im ersten Kreislauf kann die Notenbank bestimmen und festlegen, die im zweiten bilden sich jedoch jeden Tag aus Angebot und Nachfrage zwischen Banken und Nichtbanken. Das heißt, die Banken können ihre Kreditzinsen nur in dem Umfang senken, wie die Sparer bereit sind, ihr Geld für weniger Belohnung herzugeben. Und auf diese von den Sparern geforderten Zinsen müssen die Banken dann noch ihre eigenen Kosten aufschlagen, die Bankmarge. Das heißt, die Kreditzinsen bei den Auslei-



hungen der Banken liegen immer über den Leitzinsen und könnten nur dann auf die heutigen Leitzinsen von ein Prozent fallen, wenn die Sparer Minuszinsen akzeptieren würden.

Aber es ist doch immer die Rede von der Kreditklemme und davon, dass die Geschäftsbanken das frische Geld, das sie derzeit zu so günstigen Konditionen von den Zentralbanken bekommen, verstärkt an die Unternehmen weitergeben sollen, wie sich das die Notenbank und Politiker wünschen?

Wie schon erwähnt, vergeben die Banken ihre Kredite aus den Kundeneinlagen, und daran fehlt es absolut nicht. Die Einlagen bei den deutschen Banken sind in den letzten drei Jahren um 20 Prozent angestiegen und die Sparquote erreichte im vergangenen Jahr mit 11,4% den höchsten Stand seit 12 Jahren! Allenfalls fehlt es den Banken – neben gegenseitigem Vertrauen – an genügend Eigenkapital zur Absicherung der Risiken bei neuen Kreditvergaben. Das aber können sie nicht mit Zentralbankgeld auffüllen. Außerdem ist das von ihnen ausgeliehene Zentralbankgeld normalerweise durch die Bargeldmenge und die zu haltenden Min-

destreserven gebunden, die sie gleichzeitig für ihre bankinternen Verrechnungen benötigen. Und die darüber hinaus jetzt zusätzlich bereitgestellten Milliarden der Zentralbanken dürften auch gar nicht in den Wirtschaftskreislauf fließen, wenn Inflationsanstiege vermieden werden sollen. Deshalb überlegen die Zentralbanken auch dauernd, wie sie das zu viel herausgegebene Geld gegebenenfalls möglichst schnell wieder einziehen können. Ob ihnen das gelingen wird, ist eine andere Frage.

Kommen wir noch einmal zum Anfangsthema mit Minuszins und Geldparken zurück: Wenn die Geschäftsbanken ihr Geld nicht mehr bei der Notenbank »parken«, wäre das durchaus positiv. Was anderes ist es aber wohl, wenn die Sparer – die »Nichtbanken« – ihr überschüssiges Geld nicht mehr bei den Banken »parken«, das heißt, nicht mehr für Kredite zur Verfügung stellen?

Zweifellos wäre das wesentlich schlimmer, denn dann käme es zu einem Kollaps der Wirtschaft durch Geld- und Kreditmangel oder – wenn alle ihr abgehobenes Geld auf den Kopf hauen würden – zu einer Mega-Inflation! Aber so etwas ist graue Theorie, denn eine Auflösung aller Bankeinlagen würde etwa eine Ausweitung unserer heutigen Bargeldmenge auf das Zwanzigfache erforderlich machen!

Die angesehenen Ökonomen Willem Buiter von der London School of Economics und Gre-

gory Mankiw von der Universität Harvard haben – im Gegensatz zu der schwedischen Zinspolitik – bei ihren Vorschlägen zur Einführung von Negativzinsen offenbar den Hauptrefinanzierungszinssatz im Sinn. Welche Folgen wären zu erwarten, wenn so etwas eingeführt würde?

Das kann ich mir kaum vorstellen, denn bei einem Minuszins bei der Geldausgabe würden die Zentralbanken jegliche Kontrolle über die Geldmenge verlieren und damit einer Inflation Tür und Tor öffnen. Oder sie müssten gleichzeitig die Geldnachfrage belohnen und die Geldmenge deckeln, also gleichzeitig Gas geben und die Bremse treten.

Dann gibt es auch noch den Vorschlag von Prof. Ulrich van Suntum, der einen »Konjunktur-zins« propagiert. Der Zins für Unternehmenskredite soll an das nominale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und den langfristigen Realzins gekoppelt werden. In Krisenzeiten wie diesen kommt es dann zu einem Negativzins und die Unternehmen, die einen »Konjunkturkredit« bekommen, könnten sich am Ende des Jahres den negativen Prozentsatz entweder bar auszahlen oder als Tilgung anrechnen lassen. Dabei geht van Suntum davon aus, dass die Zentralbank den Geschäftsbanken ebenfalls eine entsprechend günstige Refinanzierung zu aktuell deutlich negativen Zinsen anbieten müsste, damit die sie mitziehen würden. Was ist davon zu halten?

Ich kenne zwar diesen Plan nicht, fürchte dabei jedoch ein Abrutschen in planwirtschaftliche Vorstellungen. Der Zins für die Kreditvergaben muss m. E. ein Marktpreis bleiben, der von Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Wir müssen nur erreichen, dass er nicht mehr durch Geldzurückhaltungen marktwidrig hoch gehalten werden kann. Außerdem sollen die in der Wirtschaft benötigten Kredite nicht von der Zentralbank kommen, sondern von den Sparern, damit sie auch durch eingebrachte Leistungen auf dem Markt gedeckt sind. Denn alles darüber hinaus in die Wirtschaft eingeschleuste Zentralbankgeld führt – wie schon gesagt – zur Inflation! – Der Knackpunkt, der überwunden werden muss, ist und bleibt also die Überwindung des heute möglichen Geldstreiks durch die Geldfesthalter!

Du meinst wohl mit »Geldfesthalter« jemanden, der Geld hortet und es dadurch dem Kreislauf entzieht? – Wie groß ist denn heutzutage das Problem der Geldhortung?

Bereits 1995 hat eine Studie im Auftrag der Bundesbank ergeben, dass damals schon ein Drittel der ausgegebenen D-Mark-Bestände im Ausland verschwunden war. Im Monatsbericht Juni dieses Jahres wird das erneut auch für den Euro bestätigt, aber hinzugefügt, dass auch die restlichen zwei Drittel – wie es in dem Bericht heißt – weniger für den inländischen Zahlungsbedarf gehalten werden als aus Wertaufbewahrungs-Mo-



EZB-Präsident Trichet bei der Präsentation des Informationspakets »Preisstabilität: Warum ist sie für dich wichtig?« 2005 in Frankfurt. Dass die Europäische Zentralbank bei den derzeit bereitgestellten Milliarden noch alles im Griff hat, lässt sich bezweifeln...



Laut einer aktuellen Studie der Bundesbank zum Zahlungsverhalten der Bürger hatten die Befragten im Durchschnitt ca. 118 Euro im Geldbeutel. Davon entfielen ca. 6,70 Euro auf Münzen. 500 Euro-Scheine wurden nicht gesichtet.

tiven, was man nur als Geldhortung übersetzen kann. Ja, die für Transaktionszwecke tatsächlich benutzte Banknotenmenge wird sogar nur auf ca. 10 Prozent des Banknotenvolumens geschätzt! – Dass rund 40 Prozent der gesamten Geldmenge inzwischen aus 500-Euro-Noten besteht, dürfte ein weiteres Indiz für die Geldhortung sein, leider aber auch für die Größenordnung krimineller Verwendung.

Das meint Prof. Buiter auch. Er sagt, dass es keine ökonomische Rechtfertigung für 200- und 500-Euro-Scheine gebe. Diese großen Scheine seien ein Skandal, weil sie nur kriminelle Machenschaften und graue und schwarze Kassenhaltung fördern. Die Aussage der EZB hierzu, dass die Spanier Bargeldzahlungen bei Immobilienkäufen bevorzugten, hält er für völligen Quatsch.

Diese Bestätigung für die kriminelle Verwendung hätte ich mir schon länger gewünscht, denn darauf habe ich schon zur DM-Zeit hingewiesen! Da die einzelnen Euro-Länder ihre Banknoten auch heute noch selbst drucken, gilt dieser Vorwurf auch weiterhin an die einzelnen Zentralbanken. Und dass in Spanien ein großer Teil der Immobilientransaktionen mit getürkten offiziellen Preisen unter dem Tisch abgewickelt werden – auch bereits ein krimineller Akt der Steuerrückziehung – hat natürlich auch Folgen für den Bedarf an großen Noten.

Übrigens wird in dem Juni-Bericht der Bundesbank sogar erwähnt, dass diese großen Noten vor allem auch auf Schwarzmärkten und im Drogenhandel benutzt werden. Man könnte also sagen, dass die Zentralbanken bewusst Beihilfe zu kriminellen Taten leisten. Und praktisch macht die EZB mit ihren 500er-Noten den Schweizern mit ihren 1000-Franken-Noten auf diesen Märkten Konkurrenz, während in den USA die

größte Note, nach meiner Kenntnis, immer noch bei 100 Dollar liegt.

Du plädiertest nach wie vor für eine konstruktive Umlaufsicherung des Geldes, vor allem auch zur Überwindung dieser Hortungen im Bargeldbereich. Doch wie soll eine solche Umlaufsicherungsgebühr funktionieren?

Hier müssen wir zuerst einmal begreifen, dass Geld, vom Staat den Bürgern zur Verfügung gestellt, ein öffentliches Gut ist, das jeder nutzen, aber niemand blockieren darf. Denn mit jeder Blockade eines öffentlichen Gutes werden andere an dessen Nutzung gehindert. Das gilt für Geld nicht anders als für Straßen oder Parkbänke. Doch während man im Straßenverkehr das Blockieren mit Strafandrohungen auf ein erträgliches Maß zurückführt, versucht man das beim Geld mit Belohnungen zu erreichen. Das heißt, man zahlt den Blockierern, statt sie zu belangen, eine Freigabepremie, eben den Zins, und den kann jeder Geldhalter, durch die Verlängerung der

dem wären die Notenbanken nicht mehr auf die eingeplante jährliche Inflation von zwei Prozent als zusätzliche Umlaufsicherung angewiesen, mit der sie heute unsere Währung systematisch ruinieren.

Es ist also eher verwirrend, wenn manche davon reden, dass in der Freiwirtschaft Negativzinsen propagiert würden. Kann man in einfachen Worten erklären, worin der Unterschied zwischen Negativzinsen und Umlaufsicherungsgebühren liegt?

Die Umlaufsicherungsgebühren betreffen, wie gesagt, nur das Bargeld und haben mit Negativzinsen nichts zu tun. Als Folge dieser Gebührenerhebungen nehmen jedoch – zur Vermeidung der Gebühren – die Bank-einlagen zu und das daraus resultierende vergrößerte Kreditangebot wird zu einem Absinken der Zinssätze führen, mit den Sättigungen in der Wirtschaft sogar auch unter Null. Denn die Einlage von Geld bei der Bank ist selbst bei einem Minuszins von zwei oder drei Prozent vorteilhafter als die Geldhaltung, wenn diese mit Gebühren von vier oder fünf Prozent belegt ist. Das heißt, die sinkenden und schließlich sogar negativen Zinsen werden nicht per Dekret eingeführt, sondern sind das Ergebnis der von der Geld-Zurückhaltung befreiten Märkte.

Aber die Sparer, die sich heute am Ende des Jahres über die gutgeschriebenen Zinsen freuen, würden von einer solchen Reform unseres Geldwesens wenig begeistert sein!

Über den Wegfall der Zinsgutschriften sollte kein Sparer traurig sein. Denn für alle Haushalte bauen sich ja die Zinslasten ab, die sie heute mit fast 40 Prozent in allen Ausgaben mitbezahlen, in den Mieten oder kapitalintensiv produzierten Gütern oft sogar noch mehr! Das heißt, rund neun Zehntel aller Haushalte, die heute unwissentlich

Ohne Zinsbelohnung zahlt heute kaum jemand überschüssiges Geld auf ein Konto ein. Deswegen brauchen wir Umlaufsicherungsgebühren.

Blockade, sogar noch in die Höhe treiben! Das heißt, der Geldfesthalter diktiert also auch noch die Gebühr, zu der er das öffentliche Gut Geld wieder frei gibt!

Würde man dagegen eine Geldhalte- und damit Umlaufsicherungsgebühr auf das Bargeld einführen, dann belebt und verstetigt sich nicht nur die Wirtschaftsentwicklung, sondern, aufgrund sinkender Zinsen, auch die Lage auf den Kreditmärkten. Außer-

mehr Zinsen zahlen als erhalten, sind bei dieser Reform Gewinner. Verlierer sind vor-dergründig nur die Haushalte des restlichen Zehntels, die heutigen Netto-Gewinner der zinsbedingten Umverteilung. Aber auch sie haben einen großen Vorteil von der Umlaufsicherung: Sie brauchen nicht mehr den Totalverlust ihrer Vermögen zu befürchten, den sie in unseren Tagen bereits in ersten Raten zu spüren bekommen haben! ■

Das Interview führte Beate Bockting.

Die Geldhortung ist sichtbar geworden

In der Darstellung ist die Entwicklung des sog. Banknoten-umlaufs in Deutschland ab 1985 wiedergegeben. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um »den in Umlauf gegebenen« Bestand an Banknoten, von denen der größte Teil jedoch gar nicht an Umlauf beteiligt ist. Das gilt ganz besonders für die großen Noten.

Wie aus der Grafik zu ersehen, stieg das Wert-Volumen dieser herausgegebenen Banknoten von 1985 bis 1996 steil von 105 auf 260 Mrd. DM an und damit um 148%, verblieb bis Ende 2000 auf der erreichten Höhe, um dann im Jahr 2000, also vor dem Umtausch der DM gegen Euro, auf 150 Mrd. DM und damit auf 58% des Bestands von Ende 2000 zurückzufallen.

Betrachtet man die Entwicklungen der in der Grafik markierten drei Stückelungsgruppen, dann waren die kleinen und in der Endnachfrage gängigsten Scheine an dem Anstieg bis 1996 nur geringfügig beteiligt. Sie nahmen gegenüber dem Ausgangsjahr 1985 um 90% zu. Die im mittleren Bereich wiedergegebenen 100- und 200-DM-Noten stiegen etwas deutlicher an, nämlich um 116%. Da das nominale Bruttoinlandprodukt von 1985 bis 1996 um 97% zulegte, lagen die Entwicklungen dieser beiden unteren Banknotengruppen zusammen also relativ im Rahmen. Über den Rahmen hinaus schoss jedoch die Entwicklung der 500- und 1000-DM-Scheine, die von 1985 bis 1996 mit einem Zuwachs von 226% auf mehr als das Dreifache der Ausgangsmenge zunahmen. Damit wuchsen sie mehr als doppelt so rasch wie die Wirtschaftsleistung und ihr Anteil an der Gesamtgeldmenge stieg von 29% auf 43%!

Anstieg der großen Noten

Dieser übermäßige Anstieg der großen Noten, z.T. auch die der 100- und 200-DM-Werte, ist im Wesentlichen mit den Geldhortungen zu erklären. Lange Zeit von der Deutschen Bundesbank bagatellisiert, ergab eine Anfang der 90er Jahre endlich in Auf-

trag gegebene Untersuchung, dass alleine die DM-Hortungen im Ausland bei 30 bis 40% der herausgegebenen Banknotenwerte lagen!

Sowohl der Stopp dieser Hortungsausweitungen ab 1996, also nach Bekanntgabe des geplanten Umtauschs gegen Euro, und besonders der radikale Abbau dieser Bestän-

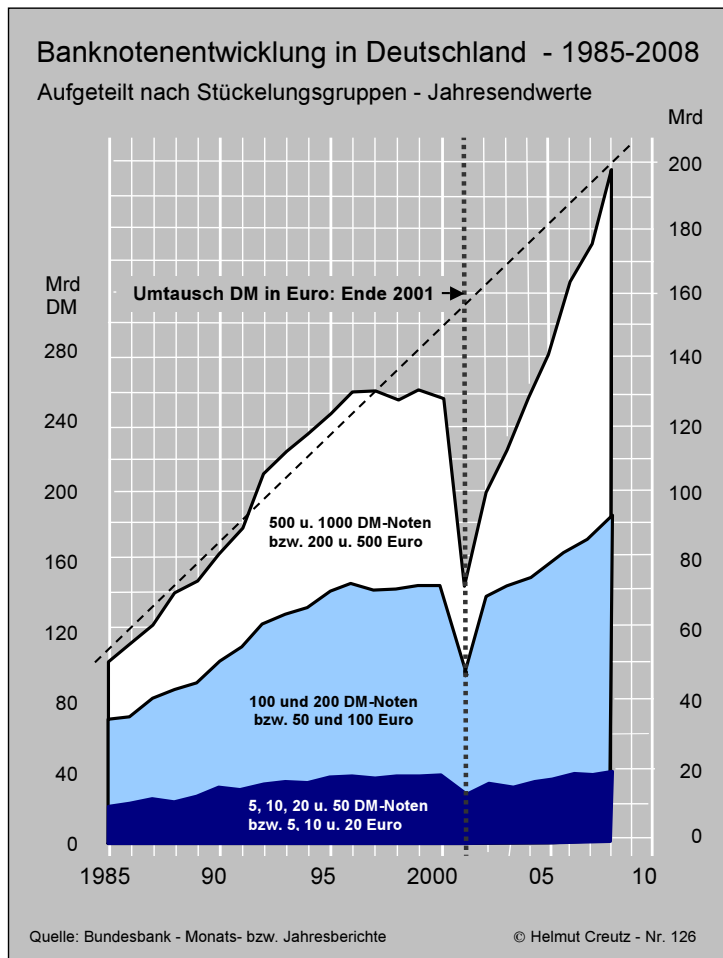
auch für die mittleren Notengrößen. Bei den großen Scheinen nahm man sich mit dem Ausgleich bzw. dem Rücktausch aus den Dollar- oder Schweizer-Franken-Beständen dagegen Zeit. Erst 2005 erreichten die Bestände der großen 200- und 500-Euro-Noten wieder die Höhe von 1996-2000, um dann weiterhin steil anzusteigen: Während die gesamte Euromenge von 2001 bis Ende 2008 auf das Zweieinhalbfache zunahm, stieg die Menge der großen Noten auf das Fünffache an! Inzwischen beanspruchen diese großen Scheine mehr als die Hälfte der gesamten Notenwerte!

Dabei ist bekannt, dass diese Ausweitungen der großen Scheine nicht nur in Spekulationen, Hortungen und Steuerhinterziehungskassen fließen, sondern vor allem auch in kriminelle Kanäle, nicht zuletzt in jene des Rauschgifthandels! Ähnlich wie die Schweizerische Notenbank mit ihren 1000-Franken-Scheinen und im Gegenteil zur Fed, bei der die 100-Dollar-Note immer noch die größte Geldscheinausgabe ist, leistet also auch die EZB mit ihren großen und für diese Geschäfte bequemen Noten gewissermaßen Beihilfe zu kriminellen Tun! Dass sie außerdem mit dieser Hortungs-Hilfe ihren eigenen Geldmengenkontrollen und Stabilitäts-

bemühungen entgegenwirkt, scheint sie nicht zu beachten!

Die hier dargelegten fragwürdigen Entwicklungen der Geldmenge lassen noch einmal erkennen, welche Beruhigung in die Volkswirtschaften einkehren könnte und wie sehr sich die Geldmengensteuerung vereinfachen ließe, wenn endlich die herausgegebene Geldmenge mit der tatsächlich am Markt erforderlichen nachfragenden Geldmenge in Übereinstimmung gebracht werden würde. Konkret:

Wenn der von der Bundesbank immer als »umlaufende Geldmenge« bezeichnete Bestand auf die tatsächlich erforderliche nachfrageaktive Menge reduziert würde! ■



de im letzten Jahr vor diesem Umtausch, bestätigen diese Hortungsannahme. Denn das Gros der Geld-Überschüsse wurde nur vorübergehend in andere Währungen eingetauscht oder z.T. auf Bankkonten eingezahlt. Ebenfalls zeigte sich dieser Hortungs-Tatbestand daran, dass die radikale Reduzierung der großen Noten zu keinerlei Zahlungsmittel-Knappheiten auf den deutschen Märkten führte.

Nach der Euro-Einführung

Betrachtet man jetzt die Bargeldentwicklung nach dem Umtausch, so wird die geringe Reduzierung bei den kleinen Noten bereits im ersten Jahr nach dem Umtausch wieder ausgeglichen. Das gilt weitgehend

Interviews

Der Münchner Merkur veröffentlichte am Mittwoch, dem 22. Juli 2009, ein Interview mit Helmut Creutz. Die Überschrift des beinahe halbseitigen Textes lautete »Geld ist ein öffentliches Gut«.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung dokumentierte Anfang Juli ein Gespräch zwischen DB-Chef Josef Ackermann und seinem Doktorvater Prof. Hans Christoph Binswanger. Ackermann wies darauf hin, dass die herkömmlichen Theorien weitgehend auf einem statischen Gleichgewichtsmodell basierten, in dem die Zeit keine Rolle spiele. Geld liege dort nur wie ein Schleier über dem realen Wirtschaftsgeschehen, beeinflusse es aber nicht wesentlich. Nicht zuletzt die aktuelle Finanzkrise habe aber gezeigt, dass die Auswirkungen der Geldsphäre auf die reale Wirtschaft noch zu wenig erforscht seien. Ackermanns Doktorarbeit aus dem Jahr 1977 trägt übrigens den Titel: »Der Einfluss des Geldes auf das reale Wirtschaftsgeschehen«. Leider vermeidet es Ackermann dabei anzudeuten, für Laien ist seine Dissertation ohnehin kaum verständlich. In dem FAZ-Gespräch fordert Ackermann, das Geldangebot zu kontrollieren und in ein vernünftiges Verhältnis zum Wachstum zu setzen, während Binswanger für den Vorschlag von Irving Fisher plädiert, die Kundeneinlagen der Geschäftsbanken zu 100% mit Zentralbankgeld zu unterlegen.

Der Managementberater Fredmund Malik, einer der Autoren des 1994 von Prof. Binswanger mitherausgegebenen Buches »Geld und Wachstum«, fordert in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung vom 29.6.09 einen »dritten Weg«. Nach Malik seien wir durch den »Finanzkapitalismus wieder zurückgefallen in die Steinzeit... Es wurde nicht Wohlstand gemessen, sondern nur Geldvolumen, das in Wahrheit ein Schuldenberg war«, so Malik weiter.

Der Stuttgarter Krimiautor Heinrich Stein fest sagte in der Stuttgarter Zeitung vom 26.6.90: »Die Kapitalisten dekorieren sich mit Demokratie, aber ihre Handlungsweisen der letzten Jahrzehnte sind zutiefst undemokratisch.«

Leserbriefe

Stellvertretend für alle Leserbriefschreiber sollen erwähnt werden: Christian Kühnert aus Vellmar und Rolf Klaes aus Schwerte. Unter dem Titel »Befreien wir das Geld« veröffentlichte die Zeitung »HNA« einen Leserbrief von Herrn Kühnert. Rolf Klaes nutzte u.a. die Möglichkeit, in seinem Kirchenblättchen über seine

Teilnahme am Evangelischen Kirchentag zu berichten und auf die INWO hinzuweisen.

Filme(macher)

Für seinen Film »Let's make money« erhielt der österreichische Dokumentarfilmer Erwin Wagenhofer am 18. Juni den mit 20 000 Euro dotierten Dokumentarfilmpreis. Die Stuttgarter Zeitung schreibt dazu am 19.6.09: »Er (der Film, F.B.) zeigt auch, wie Geldwucherungen sich ihre eigene Logik schaffen, die nichts mehr mit kaufmännischer Vernunft, realen Bedürfnissen der Konsumenten oder gar Rücksichtnahme auf die Schöpfung zu tun hat. ... Zur Gier ... trage jeder bei, der nach Zinsen und Renditen jage, die höher als jedes Wirtschaftstum ausfielen.«



Plakatmotiv »Septemberweizen«

Im Juli 2009 verstarb im Alter von nur 61 Jahren der Filmemacher Peter Krieg, dessen 1980 erschienener, preisgekrönter Film »Septemberweizen« dem Wagenhoferschen »We feed the world« auf jeden Fall vorzuziehen ist. Das Hintergrundgeschehen wird bei Krieg ausführlicher beleuchtet, auch bodenreformerische Gedanken sind Teil von Kriegs Film (Hauptling Seattle: Wem gehört die Erde?). Krieg hatte übrigens bereits im Jahr 1987 einen Film mit dem Thema »Die Seele des Geldes« herausgebracht.

Politiker

Familienministerin Ursula von der Leyen forderte laut StZ vom 4.6.09 durch staatliche Bürgschaften abgesicherte Kredite für die familiäre Auszeit. Anstatt für die Beendigung der »Transferausbeutung der Familien« (nach Dieter Suhr) zu sorgen, betreibt Frau von der Leyen offenbar das Geschäft der großen Geldvermögensbesitzer und Kreditgeber.

Der angeschlagene baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger fragte im Spiegel Nr. 31/2009 seine Interviewer: »Sie meinen doch nicht allen Ernstes, dass ich für die Wirtschaftskrise verantwortlich bin?« Oettinger, der sich immer wieder auf die Fahnen schrieb, eine »Politik für mehr Leistung« machen zu wollen, wurde schon vor Jahren mit Dieter Suhrs Thesen von der Leistungsfeindlichkeit des Geldsystems (»Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft«) brieflich konfrontiert, ließ sich aber fast zwei Jahre Zeit mit einer Antwort. Nach einigem Nachhaken antwortete sein damaliger Fraktionsgeschäftsführer: »Die diesbezüglichen Vorschläge von Herrn Prof. Dr. Suhr sind uns bekannt und wurden auch diskutiert. Währungspolitik ist jedoch eine Angelegenheit, für die der Bund zuständig ist. Das Land Baden-Württemberg hat hier deshalb nur einen sehr begrenzten Einfluss.«

ATTAC

Im Vorwort des Attac-Rundbriefs »Sand im Getriebe« Nr. 75 vom 2.7.2009 heißt es auf Seite 1 zur Finanzmarktkrise: »Viel hängt von der Analyse der Ursachen ab«. Wie wahr, kann man da nur sagen. Immerhin konstatiert der Autor des Vorworts auf S. 2: »Man kann ein gewisses ideologisch-strategisches Vakuum der globalisierungskritischen Bewegung nicht leugnen.« Zumindest für den Mainstream dieser Bewegung scheint diese Diagnose zuzutreffen. Jeden Freiwirtschaftler traurig stimmen muss die Einschätzung des jetzt zu den »Grünen« ins Europaparlament übergewechselten einstigen Sprachrohrs von Attac-Deutschland, Sven Giegold: »Bislang können wir für offene, plurale Gesellschaften keine Alternativen zum Kapitalismus aus der Tasche ziehen«. Dies ist mehr oder weniger die Quintessenz von Giegolds Artikel »Ökologisierung des Kapitalismus«. Das zeigt deutlich, wohin die Reise bei den »Grünen« geht, und auch bei Greenpeace, in deren Magazin der Giegoldsche Artikel zuerst erschienen ist. Lesenswert in »Sand im Getriebe 75« ist aber der Text von Prof. Wolfgang Fritz Haug: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst«, in dem einige interessante Einsichten anklängen. Auch wenn der Schluss des Beitrags enttäuscht: »Es ist an der Zeit, dass die Gesellschaft dem Kapital ihre Lebens- und Überlebensbedingungen als regelndes Gesetz aufzwingt und ein Netzwerk außerkapitalistischer Stützpunkte aufbaut.« Auch Fettdruck kann nichts daran ändern, dass hier eine gewisse Hilflosigkeit zum Ausdruck kommt. ■

Frank Bohner

Der größte Bankraub aller Zeiten

Mehr als 2.000 Milliarden Euro bzw. 3000 Milliarden Schweizer Franken haben die Industrieländer in wenigen Wochen aufgebracht, um einen Flächenbrand im Finanzsektor einzudämmen und die globale Geld- und Finanzordnung zu retten. Diese Milliarden werden von uns allen zu bezahlen sein. Unsere Regierungen haben das der gesamten Menschheit und den zukünftigen Generationen auferlegt.

Die zu spät Geborenen werden in Form höherer Steuern und Preise Eintritt zahlen müssen, um Wasser zu trinken, saubere Luft zu atmen und etwas zu essen zu bekommen.

Wenn sie nichts geerbt haben, werden sie sich diesen Eintritt nicht leisten können, sich verschulden und sich dem Diktat der Gläubiger unterwerfen. Vor Jahrhunderten hieß das Leibeigenschaft oder Sklaverei. Der Finanzsektor vermeidet heute diese Begriffe und erzielt das gleiche Ergebnis auf der Grundlage einer scheinbar freiheitlichen und demokratischen Rechtsordnung.

Die wundersame Geldvermehrung

Die reale Wirtschaft entwickelt sich überwiegend linear. Das bedeutet, dass ein Bruttoinlandsprodukt, das z. B. von 100 Millionen auf 115 Millionen wächst, eine Wachstumsrate von 15% hat. Wenn dadurch im Laufe einiger Jahrzehnte das Bruttoinlands-

produkt auf 1.000 Millionen gestiegen ist und dann immer noch um 15 Millionen wächst (auf 1.015 Millionen), sind das nicht mehr 15%, sondern nur noch 1,5%.

Dabei ist es notwendig, dass sich der Finanzmarkt im gleichen Maße entwickelt, um die realwirtschaftlichen Abläufe zu unterstützen und zu ermöglichen. Entwickelt er sich aber schneller, gibt es ein Problem:

Trennen Sie eine Seite dieser Zeitschrift heraus oder nehmen Sie ein Blatt Papier im gleichen Format und falten sie es einmal in der Mitte. Diesen Faltvorgang wiederholen Sie und jedes Mal halbieren Sie die Größe

Die Realwirtschaft wächst nicht exponentiell.

Daher müssen die Finanzmärkte das Geld, das sie für das exponentielle Wachstum der Vermögen benötigen, irgendwie herbeizaubern.

der Seite. Nach zweimaligem Falten haben Sie vier Lagen Papier, nach sechsmaligem Falten kommen Sie auf 64 Lagen ($2 \times 2 \times 2 \times 2 \times 2 \times 2$) und nach zehnmaligem Falten auf 1.024 Lagen. Sie können jetzt weiterrechnen und erhalten nach nur 42 Faltvorgängen einen 350.000 Kilometer hohen Stapel – das entspricht der Entfernung von der Erde zum Mond.

Nach einer solchen exponentiellen Funktion vermehrt sich unser Geld in den Händen derer, die es »falten« können – die nach jedem Faltvorgang (hier: Vermehrungsvorgang) die Höhe ihres Geldstapels verdoppeln. Die Realwirtschaft wächst aber in der Regel nur gleichmäßig (linear) und nicht immer schneller (exponentiell). So müssen nun die Finanzmärkte das Geld, das sie für das exponentielle Wachstum der Vermögen benötigen, irgendwie herbeizaubern.

Der faule Zauber der globalen Finanzmärkte

Ein paar Finanzjongleure haben deshalb eine neue Fachdisziplin erfunden: »Financial Engineering«. Sie haben Kredite vergeben, von denen sie wussten, dass sie nicht bedient werden können, sie neu verpackt, viele solcher Pakete in einem Container verstaut, dort auch noch Pakete voller Wertscheine auf die Entwicklung von Aktienindizes und Rohstoffpreisen hinzugefügt, Anteilsscheine an dem Container als Wertpapiere verkauft und darauf von den Rating-Agenturen Höchstnoten vergeben lassen, die maximale Sicherheit vortäuschten.

Diese »innovativen Finanzprodukte« (wie die Collateralized Debt Obligations, CDOs)



waren der größte Bankraub der Weltgeschichte. Den Banken, die diese »Wertpapiere« verkauft haben, wurde ihre »Leistung« mit hohen Provisionen vergütet. Die dadurch explodierenden Bankgewinne haben die erfolgsabhängigen Vergütungsanteile der Banker in die Höhe geschraubt: Die UBS beispielsweise hat ihren Kadern über zehn Milliarden Dollar Boni ausbezahlt. Der New Yorker Fondsmanager John Paulson hat im Jahre 2007 an jedem einzelnen Arbeitstag ca. 15 Millionen Dollar »verdient«.

Die Banken haben eine Eigenkapitalrendite von mindestens 20% verlangt und manchmal fast 30% erzielt. Eine derartige Kapitalvermehrung ist in der realen Wirtschaft – wo sichtbare Güter produziert werden und Dienstleistungen, die uns das Leben erleichtern oder verschönern – nicht möglich.

Der öffentliche Schuldendienst ist eine gigantische Umverteilungsmaschine.

Die Folgen der schwarzen Magie

Die hohen Vergütungen der Banker haben die besten Managementtalente von den Branchen abgezogen, die Nutzen stiften, und sie zu den Banken gespült. Die eindrucksvolle Geldmehrung bei innovativen Finanzprodukten hat wie eine gigantische Pumpe gewirkt, die das Kapital von der Realwirtschaft in den Finanzsektor umgeschichtet hat.

Das hat die Konjunktur erdrosselt und die Kaufkraft derer, die ihr Geld – wenn sie es denn hätten – gern ausgeben würden, hinweg schmelzen lassen. Viele Immobilienkäufer konnten ihre Hypothekendarlehen und viele Unternehmen ihr Fremdkapital

nicht mehr bedienen. Die Pumpe brauchte neues Futter: Die öffentlichen Haushalte von Kommunen, Ländern und Staaten, die ihre Verschuldung nun an die nachfolgenden Generationen weitergeben.

Das Leistungsprinzip in der Marktwirtschaft geht davon aus, dass Unternehmer das Risiko tragen. Das rechtfertigt Gewinne bei Erfolg und bedingt Verluste bei Misserfolg – bis hin zum Totalverlust des Kapitals, dem Konkurs. Vor der Finanzkrise hat der Finanzsektor exorbitante Gewinne realisiert und ausgeschüttet. Jetzt bewahrt ihn der Staat vor dem Konkurs.

Die Finanzkrise erhöht die Staatsschulden, die nur mit Hilfe der Banken über eine erhöhte Kreditaufnahme bzw. den Verkauf von Staatsanleihen möglich sind. Dadurch rettet der Staat die Einlagen der Anleger, welche diese nun zum Kauf »sicherer« Staatspapiere verwenden können. Gleichzeitig werden aber die Staaten – wie alle Schuldner – abhängig von den Gläubigern, die ihnen die Kredite geben.

Die Konjunkturkrise ist eine Systemkrise

Wegen der extrem ungleichen Verteilung der Vermögen – und damit der Möglichkeit, dem Staat überhaupt Kredite zu gewähren – bewirkt die Krise eine noch schnellere Umverteilung von den unteren 90% zu den oberen 10% der Vermögenspyramide. Jeder, dessen Arbeitseinkommen geringer ist als sein Zinseinkommen, gehört zu den Verlierern. Der öffentliche Schuldendienst ist eine gigantische Umverteilungsmaschine.

Die Verarmung der großen Mehrheit der Bevölkerung zugunsten einer kleinen Schicht von Superreichen, die die Staaten über Kredite finanzieren, bereitet ein revolutionäres Gebräu vor. Mehr Unternehmen der Real-



Die Sicherheitsmerkmale der Banknoten schützen nicht vor dem größten Bankraub aller Zeiten.

wirtschaft geraten in Schwierigkeiten und das erhöht die Arbeitslosigkeit. Welche gesellschaftlichen und innenpolitischen Verwerfungen daraus folgen, ist nicht vorhersehbar.

Diese Krise offenbart, dass unsere gegenwärtige Geld- und Finanzordnung nicht den Menschen dient, sondern sie unterjocht und versklavt. Die Banken werden gerettet, um das System zu erhalten, und wir alle zahlen den Preis. Die Unternehmen der Realwirtschaft können nicht gerettet werden – und wir auch nicht. Die Rettung des Systems ist ein Selbstzweck – selbst wenn ihr die Menschen geopfert werden.

Dabei wäre es einfach, die Menschen zu retten und das System zu opfern. Alle Expertise für diese Reform ist vorhanden. Eine solche evolutionäre Entwicklung wäre schmerzfrei – im Gegensatz zu den revolutionären Einschnitten, die unvermeidlich werden, wenn wir weiter eine Konjunkturkrise sehen und nicht erkennen, dass es eine Systemkrise ist.

Wolfgang Berger, Prof. Dr.phil. Dr.rer.pol. M.A.(Econ), war Vorsitzender der INWO Deutschland und leitet ein Institut für Personal- und Unternehmensentwicklung (www.business-reframing.de).



Prof. Dr. Dr. Berger in der Schweiz

Die INWO Schweiz veranstaltet Anfang Oktober eine Vortragsreihe mit Wolfgang Berger. Bei den Abendveranstaltungen, die jeweils um 19.30 Uhr beginnen, wird es jeweils einen Vortrag mit anschließender Diskussion geben. Unterstützer für Organisation und Werbung sind willkommen!

Der Vortrag findet jeweils um 19.30 Uhr statt.

- **Montag, 5. Oktober 2009:** Alte Kaserne, Technikumstrasse 8 in Winterthur, Saal Gesang 2. OG
- **Dienstag, 6. Oktober 2009:** Volkshaus, Stauffacherstrasse 60 in Zürich, Gelber Saal
- **Mittwoch, 7. Oktober 2009:** Käfigturm, Marktgasse 67 in Bern, Veranstaltungsraum
- **Donnerstag, 8. Oktober 2009:** Quartiertreffpunkt Lola, Lothringerstrasse 63 in Basel, Dachraum 4. OG

INWO-Vorstand Alec Gagneux fordert Kirchen zu ethischem Investment auf



SCHWEIZ



Weil er findet, dass man nicht Wein trinken kann und Wasser predigen, hat Alec Gagneux, einer der neuen Vorstände der INWO Schweiz, der katholischen Kirchgemeinde Brugg vorgeschlagen, sich von ihren Hausbanken loszusagen. Stattdessen könnte sie mit alternativen Geldpartnern arbeiten, die das Kirchenkapital nach ethischen Grundsätzen anlegen. Kurz vor der Entscheidung über seinen Vorschlag* ist dieses Porträt in der Aargauer Zeitung erschienen.

Alec Gagneux ist froh, dass endlich etwas geht. Obwohl er unsicher ist, ob sein Begehren an der Kirchgemeindeversammlung der römisch-katholischen Kirche in Brugg angenommen wird*, glaubt er, dass viele Menschen jetzt handeln wollen. »Die Wirtschaftskrise beleuchtet nun auch bei uns, wie verlogen grosse Teile unseres Systems sind.« Seit der unangepasste Brugger vor zwei Jahrzehnten sein eigenes Leben umgekrempelt hat und im Alltag vorlebt, dass ethische Werte umsetzbar sind, hofft er, möglichst viele Menschen dafür begeistern zu können. Von der Kirche fordert er vor allem weniger Scheinheiligkeit. »Man kann nicht Friede und Gerechtigkeit predigen und gleichzeitig mit Grossbanken zusammenarbeiten, die mit Zinsen und Waffengeschäften ihr Geld vermehren.«

Dabei beruft er sich auf die Bibel, die Zinsgeschäfte verbietet. Weil die reformierte Kirche seinen Anträgen kein Gehör schenkte und weiterhin mit Kreditinstituten zusammenarbeitete, für die christliche Werte nur auf dem Papier bestehen, trat der Ursachenanalyst, wie er sich selber nennt, vor drei Jahren aus der Kirche aus. Nun wolle er der katholischen Kirche die gleiche Chance geben. »Die Brugger Kirche kann zum Leuchtturm der Schweiz werden.«

Nachfragen, was die Bank mit dem anvertrauten Geld macht!

Selber hat sich der gebürtige Luzerner längst für eine alternative Bank entschieden, bei der er genau nachgefragt hat, wie sie mit Geld umgeht. Am liebsten wäre dem freischaffenden Projektpartner, der sich unverdrossen für Gerechtigkeit, Familienplanung und eine intakte Natur engagiert, eine zinsfreie Gesellschaft. »Zinsen führen automatisch zu Leid, weil es die Reichen reicher macht und die Armen ärmer.« Materi-

elle Unabhängigkeit ist das Credo des ehemaligen Karrieristen.

Eine Reise nach Tibet öffnete ihm die Augen. »Die alten Tibeter hatten ganz andere Zielsetzungen im Leben als wir, sie sind unabhängiger von monetären Illusionen.« Dem Aargauer wurde in seiner Heimat bewusst, dass er viele Dinge besass, die er gar nicht brauchte – und dass er unter dem gesellschaftlichen Druck Dinge tat, die ihm keine Befriedigung brachten. »Ich wollte nicht mehr Teil einer Gesellschaft sein, die endloses Wachstum auf einem endlichen Planeten fördert.«

Kondomboxen & Sonnenenergie statt Karriere

Auf einer zweiten Indienreise, wo er den Buddhismus kennen lernte, begann er sich auch Gedanken zur Bevölkerungsexplosion, die bis 2030 am meisten in den Entwicklungsländern stattfinden wird, zu machen. Zurück in der Schweiz, kündigte der Maschinenbauingenieur mit einem Nachdiplom in Unternehmensführung seinen Job bei der ABB und startete in Eigeninitiative ein Projekt für Familienplanung. »In Indien traf ich den Eisenbahnminister und nach neun Jahren wurden die ersten Kondomboxen in den Bahnhöfen von Delhi und Mumbai installiert.«

Prompt wurde er im Jahr 2003 für seine Arbeit mit einem Förderpreis für Familienplanung ausgezeichnet. Konkrete Hilfe vor Ort findet er fairer, als endlos Geld in Entwicklungsländer zu pumpen. »Man muss nicht mehr geben, sondern vor allem weniger nehmen.« Minimal ausbeuten will Alec Gagneux auch die Erde. »Ich esse am liebsten gerecht und solar.« Seine Fairtrade-Nahrungsmittel bereitet der Umweltschützer am liebsten auf dem Solarkocher zu.

Seit er zusammen mit Einheimischen in Indien und Afrika Parabolspiegel zur Nutzung der Sonnenenergie herstellt, greift er auch hierzulande auf die natürlichen Ressourcen zurück. Kleinunternehmer können bei ihm lernen, wie man Parabolspiegel für Gemeinschaftsküchen herstellt. Für magere Zeiten unterhält er bei einem Biobauern ein Kartoffel-Konto. »Wenn ich auf dem Feld arbeite, will ich keinen monetären Lohn – ‚Härdöpfel‘ kann man essen, Geld nicht.«

Ist es nicht schwierig, ständig Wasser zu trinken statt einfach zu predigen? Immerhin verzichtet Alec Gagneux auf zahlreiche Annehmlichkeiten wie etwa ein Auto, kostspieliges Wohnen, ein geregeltes Einkommen oder Ferien und nimmt für seine Einsätze unbequeme Reisen und Unterkünfte in den ärmsten Teilen der Welt in Kauf. »Der materielle Verzicht schmerzt nicht, denn für mich ist ein freies Herz mehr wert – ich will am Abend ruhig einschlafen können.«

Barbara Rüfenacht

* Die Mehrheit der Versammlung der Katholischen Kirchgemeinde hat Anfang Juni entschieden, dass alles beim Alten bleibt. Ein Pfarrer sagte Alec Gagneux zur Begründung, dass das Zinsverbot schließlich im alten Testament stehe und nicht im neuen ...

Bei einer anderen katholischen Einrichtung waren die jüngsten Proteste dagegen erfolgreich – vor allem wohl, weil der mediale Aufschrei groß war. Über Fonds hatte die älteste Kirchenbank Deutschlands, die für ethische Investments wirbt, rund eineinhalb Millionen Euro in Rüstungs- und Tabakkonzerne sowie einen Hersteller von Verhütungsmitteln gesteckt. Die Pax will ihren »Investmentfehler« nun umgehend korrigieren.

Wir freuen uns, wenn auch Sie bei Ihrer Kirchgemeinde nachhaken und die INWO darüber informieren! ■

Das Tahiti-Projekt – Eric Bihl zu Gast

Nach seinen Workshops beim »Gipfel der Weltverbesserer« in Genf (siehe nächste Seite) wird der Initiator des mit dem Deutschen Science Fiction-Preis ausgezeichneten Romans das Projekt auch bei der INWO Schweiz vorstellen. Am **Sonntag, 25. Oktober 2009**, wird Eric Bihl einen Vortrag über den Roman, dessen erfreuliche Folgen und die konkrete Umsetzung halten und sich außerdem den Fragen des Publikums stellen.

Ort und Zeit erfahren Sie unter www.INWO.ch oder im Sekretariat der INWO Schweiz unter Telefon 062 822 84 86.



INWO Schweiz erweitert **Versandangebot**

Mit einem kostenlosen Versand innerhalb der Schweiz sorgen wir für eine bessere Verfügbarkeit zahlreicher INWO-Medien. Durch grössere Bestellungen können wir besonders günstige Produktpreise anbieten. Zusätzlich zum Rettungspaket (mit der DVD »Der Geist des Geldes«, der Audio-CD »Das Geldwunder von Wörgl« und dem Buch »Neues Geld - neue Welt« für CHF 45 statt 52) sind nun folgende Medien im Sekretariat erhältlich – inklusive Versand innerhalb der Schweiz!

DVD »Let's make money« (CHF 28)

Dokumentation zur Finanzkrise von Erwin Wagenhofer
Hauptfilm (103 Min.) + ca. 40 Min. Bonusmaterial

Broschüre »Der Schatz von Wörgl« (CHF 8)

Comic über das Geldwunder von Wörgl
28 farbige Seiten

Roman »Das Tahiti-Projekt« (CHF 30)

packender Ökothriller von Dirk Fleck
gebunden, 344 Seiten

Buch »Geldschöpfung in öffentlicher Hand« (CHF 18)

von Joseph Huber und James Robertson
91 Seiten über den »Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter«

Buch »Neues Geld – Neue Welt« (CHF 18 – statt 27.80)

lesenswertes Sachbuch von Tobias Plettenbacher, das für Überblick sorgt; besonders zur Einführung geeignet, mit 66 thematischen Doppelseiten, über 250 Abbildungen
149 Seiten, Paperback
planetVERLAG Wien, 2008

DVD »Der Geist des Geldes« (CHF 26 – statt 29.30)

Dokumentation von Yorick Niess über 3000 Jahre Geldgeschichte, aktuelle Entwicklungen und mit spannenden Interviews, u. a. Hans Christoph Binswanger, Jean Ziegler und Götz Werner
Preview-Fassung auf DVD inkl. Hülle.
Spieldauer 85 Min., Bonusmaterial 40 Min.
PAL, Dolby Stereo, Deutsch/Englisch
Walter Entertainment, Deutschland 2007

Audio-CD »Das Geld-Wunder von Wörgl« (CHF 8)

Hörspiel von Bernd Grashoff über ein Währungsexperiment, das weltweit für Aufsehen sorgte und Vorbild für viele aktuelle Regiogeld-Projekte ist
Laufzeit: 27 Minuten
INWO D/Bayerischer Rundfunk 2003

INWO Schweiz, Postfach, CH-5001 Aarau,
Telefon: +41 (0)62 822 84 86 (Mi. 10-12, 14-16 Uhr),
Fax: +41 (0)62 8236755, E-Mail: buero@inwo.ch

Die im Rettungspaket enthaltenen Medien können auch einzeln bestellt werden:



Neuer **Internet**auftritt

Seit einigen Monaten wird intensiv an den neuen Internetseiten der INWO Schweiz gearbeitet. Unter der Federführung von Pierre Güntert ist ein Konzept entstanden, das von Susanne Amstätter umgesetzt wird. Unterstützt wird sie dabei organisatorisch und inhaltlich von Daniel Meier und Jens Hakenes.



Im Mittelpunkt des neuen Internetauftritts stehen thematische Schwerpunkte, an die die INWO mit ihren Vorschlägen für eine neue Geld- und Bodenordnung anknüpft. Beispiele dafür sind die Stichworte Wachstum, Finanzkrise und Immobilienblase.

Mit den neuen Internetseiten setzt die INWO Schweiz auf ein von der INWO Deutschland unabhängiges System. Die inzwischen veraltete Vorgängerlösung hatten die deutschen Partner dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.

Nun geht die INWO Schweiz eigene Wege und wird sie nach und nach ausbauen. So soll das Internetangebot immer wieder mit aktuellen Kommentaren und Links ergänzt werden. Ausserdem ist angedacht, das Versandangebot im Internet zu erweitern und eine komfortable Bestellmöglichkeit einzurichten.

Die Macher sind gespannt auf Ihre Meinung und freuen sich über Anregungen sowie weitere Unterstützer zur Pflege und Ergänzung der Internetseiten unter www.INWO.ch!

INWO

SCHWEIZ

Gipfel der jungen **Weltverbesserer**

Vom 23. bis 25. Oktober 2009 treffen sich rund 200 Studenten aus ganz Europa in Genf zu einer dreitägigen Konferenz, die sich vor allem mit einer Frage beschäftigt:

»What can YOUTH contribute to the solution of global challenges?« – »Was kannst Du/was können junge Menschen beitragen, um die weltweiten Herausforderungen zu meistern?« Der Jugend-Gipfel der »Europeans United for Informed Action« (EUforIA) verspricht neben Workshops viele inspirierende Vorträge, spannende Diskussionen, informative und unterhaltsame Filme, Musik, Party und beste Bio/Fairtrade-Verpflegung.

Im Mittelpunkt der Konferenz stehen Workshops. Sie sollen die Teilnehmer dabei unterstützen, selbst aktiv zu werden. Die Workshops werden von Organisationen angeboten, die sich um globalen Wandel bemühen und innovative Lösungen für die Probleme der Welt anbieten. Einen dieser Workshops bietet die INWO Schweiz in Zusammenarbeit mit dem Equilibriismus e. V. an.

Freitag, 23. Oktober 2009, 16-17.30 Uhr
Samstag, 24. Oktober 2009, 10-11.30 und 13.30-15 Uhr



Eric Bihl wird das Konzept des Equilibriismus vorstellen, das unter anderem eine Reform der Geld- und Bodenordnung – wie sie auch die INWO vorschlägt – vorsieht. Ausserdem wird er die Teilnehmer mit dem »Tahiti-Projekt« und dem »Tahiti-Virus« vertraut machen, das sich bereits über den Globus ausbreitet.

www.euforaction.org/eyes09
www.equilibriismus.de
www.tahiti-virus.org

Aha-Effekt beim 33. IPU-Kongress auf Burg Feuerstein

Der Kongress der Initiative Psychologen für Umweltschutz e.V. (IPU) fand in der Jugendherberge Burg Feuerstein in der Nähe von Bamberg statt. Am Freitagmorgen habe ich mich kurz vor der Präsentation der Workshops in den Kongress eingeklinkt. So konnte ich noch den Schluss des Einführungsvortrags eines Greenpeace-Aktiven miterleben. In diesen wenigen Minuten war sehr viel von monetären Schwierigkeiten und dem Rebound-Effekt die Rede: Auf der einen Seite wird durch Umweltschutz, z.B. durch Energiesparlampen, Geld gespart, das dann auf der anderen Seite für z.B. einen Urlaubsflug wieder ausgegeben wird! Was den Umweltschutz natürlich konterkariert.

Das war für mich, für die Vorstellung meiner Workshops »Warum ist Umweltschutz nicht bezahlbar?«, die ideale Steilvorlage. In dieser Vorstellung von fünf Minuten brachte ich den Hinweis auf das Wirtschaftswachstum, das zwingend Ressourcen zerstört, sowie den Slogan »Auf einem Schiff, das in die falsche Richtung fährt, kann man eben nur bis zur Reling in die andere Richtung gehen«.

Die Vorstellung war erfolgreich, denn für meine Workshops meldeten sich elf Teilnehmer an, was die höchste Teilnehmerzahl der 10 angebotenen Workshops war. Sie kamen aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz und waren zu ca. zwei Dritteln weiblich. Der Altersdurchschnitt lag bei Anfang 30.

In Workshop-Phase 1 wurde von mir die Essenz des Films »Der Geist des Geldes« gezeigt (35 Min.) und anhand meiner Powerpoint-Präsentation »Was ist unser Geld?« die grundlegenden Funktionen des Geldes mit den Teilnehmern erarbeitet.

Die 2. Workshop-Phase startete ich mit der Präsentation »Wie sollte unser Geld sein?« Die eingebaute Rückverteilungssimulation und die Darstellung der Geldvermögen mit Hilfe eines Maßbandes erzeugte richtige Aha-Effekte.

In der 3. Phase erarbeiteten wir eine Präsentation, um unsere Ergebnisse im Plenum vorzustellen. Auf die Idee einer Teilnehmerin hin simulierten wir mit Erfolg die Geld-Ware-Beziehung anhand eines Spieles mit dem Publikum.

Am Samstagmorgen war noch eine Podiumsdiskussion mit dem Psychologie-Professor Kaiser von der Uni Magdeburg, A. Winkel vom BN Nürnberg und Sven Giegold – neu gewählter Europaparlamentarier der Grünen.

Auch in dieser Diskussion war viel von »rechnet sich nicht« und Ähnlichem die Rede. Das veranlasste mich irgendwann, die Frage an das Podium zu stellen, ob nachhaltiger Umweltschutz in einem System mit Zwang zum Wirtschaftswachstum überhaupt möglich ist. Die Frage wurde von Giegold in etwa so beantwortet: Da es im Moment keine andere Lösung gebe, sollte versucht werden, das Wachstum wenigstens durch ökologische Produkte zu erreichen. Wobei ihm klar wäre, dass das auf die Dauer auch nicht die Lösung sei.

Helmut Rau, INWO Stuttgart



Lange Nacht des Geldes

Bitte vormerken!

Aktiventreffen INWO

Deutschland

Fr.-So., 30. Oktober - 1.

November 2009

In der Jugendherberge

Kassel

Infos demnächst unter:

www.INWO.de

Die Idee zur »Nacht des Geldes« kam unserem Vorsitzenden Frank Bohner. Verschiedene Institutionen und Vereine sollten einen Abend und eine Nacht lang unterschiedliche Veranstaltungen zum Thema Geld und Wirtschaftskrise anbieten, von Vorträgen zum Thema Geldreform über Workshops bis hin zu kulturellen Angeboten wie Auftritten von Kabarettisten, die neuerdings verstärkt »das liebe Geld« thematisieren. Die Veranstaltungen sollten dann in einem gemeinsamen Programmheft präsentiert werden. Frank Bohner wandte sich zunächst an Volkshochschulen als mögliche Organisatoren. Die Volkshochschule Münster hatte bereits im Herbst 2008 die Frage »Regiert das Geld die Welt?« zu ihrem Jahresthema gemacht. Neben einer Tagesfahrt zur Düsseldorfer Börse wurden etwa Vorträge von Prof. Dr. Hans Wielens über »Geld und Spiritualität« und von Prof. Dr. Margrit Kennedy über Alternativen zum herkömmlichen Geldsystem sowie eine Lesung von Kim Otto »Der gekaufte Staat« angeboten. Mittlerweile gibt es drei definitive Zusagen von Volkshochschulen im Großraum Stuttgart für solche Veranstaltungen, zwei weitere werden wahrscheinlich folgen. Es wäre schön, wenn INWO-Mitglieder die Idee der »Nacht des Geldes« auch vor Ort bei ihren Volkshochschulen oder anderen Einrichtungen ins Gespräch bringen. Die INWO vermittelt gern kompetente Referenten rund ums Thema. Interessenten können sich per E-Mail mit Frank Bohner in Verbindung setzen: Frank.Bohner@INWO.de

FAIRCONOMY in der Fußgängerzone

Die Kölner INWO-Regionalgruppenmitglieder und einige Unterstützer von auswärts stellten sich mit ihrem »Fairconomy-Zelt« mitten in den Fußgängerstrom, der am Samstag, den 4. Juli, durch die Einkaufszone in der Kölner Innenstadt brandete. Nach Auftritten beim 1. Mai-Fest des DGB und anderen Veranstaltungen war dies die Premiere auf der Straße.

Die rotierenden Zahnräder von Helmut Creutz' Wirtschaftsmodell zogen die Blicke auf sich, wie wenige Wochen vorher beim Evangelischen Kirchentag in Bremen. Doch weit weniger Menschen als dort blieben wirklich stehen und nahmen

sich die Zeit, die großen Tafeln mit den Grafiken und erläuternden Texten genauer anzuschauen. Laut Auflagen des Ordnungsamtes war es untersagt, aktiv auf die Leute zuzugehen und Flyer zu verteilen. So blieb es der Geschicklichkeit der sieben Standbetreuer überlassen, gesprächsbereite Mitmenschen zu entdecken. Dabei stellte sich heraus, dass sehr viele bereits von der Problematik wussten, aber die INWO nicht kannten. Ein vorbeieilender Mittfünfziger z.B. öffnete seine Tasche und zeigte auf ein gut genutztes Exemplar von einem Titel von G. Hannich. Ein anderer hatte bereits mehrere Exemplare der Zeitschrift Human(e) Wirtschaft gelesen, wieder einer ein Buch von Bernard Lietaer.

Natürlich gab es auch eine Reihe Zeitgenossen, die die Gelegenheit nutzten, um auf die Banker, die »Sozialsystemausnutzer« und die unfähigen Politiker zu schimpfen. Der lösungsorientierte Ansatz der Fairconomy wurde aber auch bei diesen positiv aufgenommen. Nur die Volkswirtschaftler, von denen interessanterweise mehrere stehen blieben, waren skeptisch und ließen sich nicht so schnell überreden, sich doch mal näher mit unseren Vorschlägen zu befassen.

An Material wurden je 50 von den »Standpunkten« mitgenommen, 100 blaue Flyer mit der eingelegten Einladung zum Tagesseminar von Klaus Popp und zu den monatlichen Stammtischterminen, sowie etliche Fairconomy-Basishefte. Die Bierdeckel und die Rettungspaketpostkarten bekamen diejenigen in die Hand



Ein strahlend schöner Sommertag mitten in der Kölner City

gedrückt, die keine Einkaufstüten, sondern nur Hosentaschen zur Verfügung hatten.

Positiv war auf jeden Fall, dass der Stand mit der weit hin sichtbaren Beschriftung »INWO«, »Fairconomy« und »Nachhaltig Wirtschaften« von Tausenden wahrgenommen wurde. Das Räderwerk wurde oft gelobt, und auch der »künstlerische Beirat« der Kölner Gruppe meinte, dass ein sinnliches Element als Gegengewicht zu der vielen Theorie der Sache gut tut.

Allen sieben Beteiligten hat es großen Spaß gemacht, mit dem ganz »normalen« Publikum ins Gespräch zu kommen, die Fragen, Sorgen und Bedenken der Menschen wahrzunehmen, und vor allem, sich auch untereinander auszutauschen.

Natürlich hoffen die Kölner Aktiven auf messbare Resonanz in Form von Anfragen über die Internetseite oder neuen Mitmachern bei der Regionalgruppe. Aber auch unabhängig davon sind die Erfahrungen für die Beteiligten wertvoll. Wichtig ist vor allem, dass die Fairconomy trotz unmittelbarer Nachbarschaft von Trommlern, Feuertänzern und Dudelsackpfeifern bei den Kölnern eine gewisse Aufmerksamkeit erringen und einen positiven Eindruck hinterlassen konnte.

Der Organisator ist gern bereit, den Stand auch an anderen Orten aufzubauen und zu betreuen. Wer Ideen hat, wann und wo sich eine Gelegenheit bietet, der wende sich bitte per E-Mail an: dirkgrabowski@online.de

Gudrun Müller, INWO Köln



DEUTSCHLAND

Ansprechpartner bei der INWO Deutschland

Möchten Sie in der INWO aktiv werden? Haben Sie Fragen oder Anregungen? Dann können Sie über folgende E-Mail-Adressen Kontakt aufnehmen:

- **Vorstand@INWO.de** – unser Vorstand, bestehend aus Frank Bohner, Erich Lange und Ralf Gelz
- **Versand@INWO.de** – unser Versandteam, bestehend aus Annemarie Voss-Steigner und Erich Lange
- **Redaktion@INWO.de** – Redaktion unserer Vereinszeitschrift FAIRCONOMY

In vielen Städten und Regionen gibt es INWO-Regionalgruppen oder regionale Ansprechpartner. Eine Liste findet sich auf unserer Internetseite www.INWO.de unter Mitmachen > INWO vor Ort. Die E-Mail-Adressen werden nach dem Muster Ort@INWO.de gebildet, also z.B. Muenchen@INWO.de

Termine

Deutschland

Fr., 18. September 2009, 19.30 Uhr
Universität Freiburg, Kollegiengebäude I

■ Sturmwarnung im Schlaraffenland. Wirtschaft in der Zeitenwende – Ideen und Impulse für eine Maßwirtschaft der Lebensfülle

Podiumsgespräch mit Prof. Dr. Hans-Christoph Binswanger und Dr. Hans-Peter Studer

Sa., 19. September 2009, 14.30-18.00 Uhr
Universität Freiburg

■ Wege in eine nachhaltige Zukunft – Wo stehen wir? Welche Wirtschaftsordnung wollen wir?

Marktplatz der Möglichkeiten und Workshops

- Dr. Hans-Peter Studer (IFIS): Ideen für eine Maßwirtschaft der Lebensfülle
- Dr. Jürg Theiler (FHNW Brugg/Windisch): Wirtschaftskrise und integrale Politik
- Dr. Iris Kunze (IFIS, Universität Münster): Gemeinschaftsprojekte als Experimentierfelder nachhaltiger Ökonomie
- André Presse (Universität Karlsruhe): Das Grundeinkommen und seine Finanzierung
- Gitta Walchner (FreiTaler e.V., Freiburg): Wir machen unser eigenes Geld: die Komplementärwährung FreiTaler
- N. N.: Global Marshall Plan Initiative
Kontakt und Information: Institut für integrale Studien (IFIS), Dr. Elke Fein,
www.ifis-freiburg.de,
E-Mail: info@ifis-freiburg.de,
Tel.: +49-761-276615

Sa., 19. September 2009, 11.00-19.00 Uhr
Bürgerzentrum Deutz, Tempelstraße 41, Köln
Der Kollaps des Finanzsystems - Folgen und Ausweg

■ INWO-Tagesseminar

»Mehr Wirtschaftswachstum!«, lautet die hilflose Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Kern eine Folge der Überproduktion ist. Kürzere Arbeitszeiten und Senkung der Kapitalkosten sind als wirkungsvolle Maßnahmen noch immer tabu. Die INWO und der Buchautor Klaus Popp (»Das Märchen vom guten Zins«) laden Sie zu einem spannenden Tagesseminar ein, in dem aktuelle Fragen zu den persönlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen der Finanzkrise aufgegriffen werden. Das Seminar richtet sich an Menschen, die mehr über die Hintergründe unserer instabilen Währungs- und Wirtschaftsentwicklung wissen möchten.

Anmeldungen und Fragen bitte an Klaus Popp:
Klaus.Popp@INWO.de,
Tel.: 0211-304105

Sa.-So., 26.-27. September 2009
Luisengymnasium in Düsseldorf

■ INWO-Vertiefungsseminar mit Helmut Creutz und Klaus Popp

Das Vertiefungsseminar richtet sich an Interessierte, die sich bereits mit den Themen der Fairconomy vertraut gemacht haben und ihr Wissen vertiefen wollen.

Das Programm am Samstag u.a.:

- Die Fairconomy-Bewegung – ihre Strukturen & Erfolge.
- Das Versagen des Geldmarktes als Ursache der Krise.
- Wohlstand für alle oder Armut und Not?
- Umlaufsicherung – Wie funktioniert sie und wie reagieren die Geldmärkte?
- Ist der Mensch fähig zum Wandel?
Anmeldung: Fairconomy Büro Klaus Popp,
Blasiusstraße 63, 40221 Düsseldorf. E-Mail:
Klaus.Popp@INWO.de, Tel.: Montag bis Freitag
9 bis 11 Uhr: 0211 - 30 41 05

Fr.-So., 9.-11. Oktober 2009
Beginn: Freitag, 20.00 Uhr,
Ende: Sonntag, 14.00 Uhr
Johanniterhof, Villingen-Schwenningen

■ Finanzmarktkrise – werden die Menschen der Globalisierung geopfert?

Workshop mit Prof. Wolfgang Berger,
www.business-reframing.de

Workshop-Preis: 295,00 Euro (ohne Übernachtung/Verpflegung)
Infos/Buchung: www.johanniterhof.de,
Tel. 07721-63315, info@johanniterhof.de

Sa.-So., 10.-11. Oktober 2009
Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll

■ Was die Geld- und Bodenreform zu sagen hat ...

- ... zum marktwirtschaftlichen Wettbewerb
- ... zur Einkommensbildung und -verteilung
- ... zur Finanzkrise
- ... zum Klimaproblem
- ... zur Friedensfrage
- ... zum Verhältnis beider Reformen
Infos und Anmeldung: www.SFFO.de,
E-Mail: info@sffo.de

Sa.-So., 14.-15. November 2009
Seminar für freiheitliche Ordnung in Bad Boll

■ Das Kapital – Nutzen und Gefahren

Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens, Jobst v. Heynitz, Prof. Dr. Thomas Huth, Ferdinand Wenzlaff

Infos und Anmeldung: www.SFFO.de,
E-Mail: info@sffo.de

Sa.-So., 24.-25. Oktober 2009
Reinhardswaldschule Fuldatal-Simmershausen bei Kassel

■ 45. Mündener Gespräche: Zur Krise auf den internationalen Finanzmärkten – Ursachen und Auswege

Das Programm am Samstag:

10.00 Uhr Finanzkrise: Auswirkungen und Prognosen – Wie geht es weiter mit der Weltwirtschaft?

Dirk Müller - Autor des Bestsellers »Crashkurs«

14.30 Uhr Weltfinanzsystem am Limit – gelingt der Weg in eine neue Balance?

Dr. Dirk Solte, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung, Ulm
16.30 Uhr Vollgeld und Monetative als Kernkomponenten einer stabilen Finanzordnung
Prof. Dr. Joseph Huber, Universität Halle/Saale, Mitinitiator der monetative.org

20.00 Uhr Mit Geldumlaufpolitik und Negativzinsen aus der Liquiditätsfalle

Eckhard Behrens, Heidelberg, Vorstandsmitglied des Seminars für freiheitliche Ordnung, Bad Boll

Das Programm am Sonntag:

9.00 Uhr Neuordnung der Weltwirtschaft mit Hilfe von Keynes' Bancor-Plan

Dipl.-Kfm. Thomas Betz, Berlin. Danach Podiumsdiskussion mit den Referenten.

Infos und Anmeldung: www.muendener-gespraech.de, E-Mail: ehrich@sozialoekonomie.info

Fr.-So., 30. Oktober - 1. November 2009
Jugendherberge Kassel

■ Aktiventreffen INWO Deutschland

Infos demnächst unter: www.INWO.de

Sa., 7. November 2009, 18.00 Uhr
VHS Essen, Burgplatz 1, Essen

■ Börsenkrise – Bankenkrise – Wirtschaftskrise. Ursachen, Folgen und Auswege

Tagesseminar veranstaltet von: VHS Essen und Tauschkreis Essen

Referenten: Helmut Creutz, Aachen

und Willi Schmülling, Essen

Kontakt und Info: www.vhs-essen.de,
E-Mail: info@vhs-essen.de, Tel.: 02054-80680

Schweiz

Mo.-Do., 5.-8. Oktober 2009
Winterthur, Zürich, Bern, Basel

■ Vortragsreihe von Prof. Dr. Dr. Berger

Die INWO Schweiz veranstaltet Anfang Oktober eine Vortragsreihe mit Wolfgang Ber-

ger. Geplant sind vier Abendveranstaltungen mit jeweils einem Vortrag und anschließender Diskussion: am 5. Oktober in Winterthur, am 6. Oktober in Zürich, am 7. Oktober in Bern und am 8. Oktober in Basel. Die genauen Veranstaltungsorte und Uhrzeiten finden Sie auf S. 12.

Fr.-So., 23.-25. Oktober 2009, Genf

■ EUforIA Youth Summit 2009 (EYS '09)

Ein Jugendtreffen der Europeans United for Informed Actions (EUforIA) unter der Fragestellung »What can YOUth contribute to the solution of global challenges?«

... mit Workshops von Eric Bihl (Equilibris-mus/»Das Tahiti-Projekt«) am 23., 16.00-17.30 Uhr und am 24., 10.00-11.30 und 13.30-15.00 Uhr

Infos und Anmeldung unter: www.euforiacion.org

So, 25. Oktober 2009

■ Das Tahiti-Projekt

Vortrag von Eric Bihl über den Roman und seine Folgen

Ort und Zeit erfahren Sie unter:
www.INWO.ch oder im Sekretariat der INWO
Schweiz unter Telefon 062 822 84 86

Österreich

Fr., 23. Oktober 2009, 10.00 bis 16.00 Uhr
Jesuitenfoyer, Wien I., Bäckerstraße 18
(gegenüber Jesuitenkirche)

■ Gedenkveranstaltung für Prof. Johannes Kleinhappl

Im September werden es 30 Jahre, dass Prof. Johannes Kleinhappl, Sozialethiker an der Universität Innsbruck, in Wien verstorben ist. Lesenswert ist Kleinhappls »Christliche Wirtschaftsethik«, die Ernst van Loen aus seinem Nachlass in fünf Bänden zusammenstellte, u.a. »Christentum und Kapitalismus« (Band 2) und »Kirchliche Kapitalismuskritik« (Band 3).

Die Einladung zu dieser Veranstaltung wird sich besonders an jene richten, die sich mit Person und Werk von Prof. Kleinhappl befasst haben, sein Gedenken lebendig erhalten und an einer Auseinandersetzung mit der Aktualität seines Werkes interessiert sind.

Infos unter E-Mail: frat-hifa-inwo@utanet.at



Ein Seminarangebot der INWO

Wenn man sich bereits ein wenig mit dem Anliegen der INWO und der Funktionsweise unseres Geldsystems befasst hat, wird einem schnell klar: Eine Reform des Geldsystems und der Bodenordnung ist zwingend. Nur dadurch werden die zunehmend bedrohlicheren Krisensymptome lösbar.

Gute Gründe, ein Seminar zu organisieren und für die INWO zu werben:

- Ein Ende der exponentiellen Wachstumsdynamik im Geldwesen beruhigt und stabilisiert die Volkswirtschaft in vielen Bereichen.
- Das Verschwinden der leistungslosen Umverteilung von der Arbeit zum Besitz schafft Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.
- Die Überwindung von Inflation und Deflation schafft Grundlagen für eine dauerhaft stabile, nachhaltige Entwicklung.
- Der Boden gehört allen. Mit dem Prinzip »nutzen statt besitzen« bekommen alle Menschen entsprechend ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten die Chance, den Boden zu nutzen.
- Durch das Ende des Wachstumszwangs werden am Bedarf der Menschen orientierte Volkswirtschaften ermöglicht. Dieses ist eine Grundvoraussetzung für ein friedliches Miteinander im Gemeinwesen, zwischen den Völkern und im Zusammenwirken von Mensch und Natur.

So einleuchtend unsere Analyse und unsere Reformideen sind – es sind noch immer zu wenig Menschen, denen unser Ansatz vertraut ist und die den Mechanismus des Geldes nachvollziehen können.

Durch die Organisation von Seminaren helfen Sie mit, die Basis von Aktiven und Sympathisanten zu vergrößern.

Die Demokratie braucht aufgeklärte Bürger. Machen Sie mit!

Die Seminare richten sich an:

- Interessierte Laien
- Schüler der gymnasialen Oberstufe

- Gesellschaftlich engagierte Personen aus den sozialpolitischen Verbänden, den Kirchen, den Gewerkschaften, der Friedenspolitik, dem Umweltschutz

Unser Angebotspektrum umfasst Fragen wie:

»Welche Konsequenzen hat die Finanzkrise für den Einzelnen und seine Umwelt?«

»Wohlstand ohne Wachstum, ist das denkbar?«

»Arbeit fair teilen? Ist eine Verteilung von Arbeit und Wohlstand auf alle Menschen denkbar?«

»Welcher Schritte bedarf es, um zu einer dauerhaft stabilen und wachstumsneutralen gesellschaftlichen Entwicklung zu gelangen?«

Weitere Themen für Seminare und Vorträge finden Sie unter www.klaus-popp.info. Bitte fordern Sie weitere Informationen telefonisch oder per E-Mail an:

Klaus Popp

Fairconomy Büro

Blasiusstraße 63

40221 Düsseldorf

Tel.: 0211-304105

E-Mail: Klaus.Popp@INWO.de

www.klaus-popp.info



Vor 90 Jahren: Gesell in der ersten bayrischen Räterepublik

1919 wurde Silvio Gesell Volksbeauftragter für Finanzen der ersten bayrischen Räteregierung, die von Libertärsozialisten und Anarchisten geführt wurde. Auf einem »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus wollte er die damalige Finanzkrise überwinden.

Gegen Ende des Ersten Weltkriegs waren die Matrosenaufstände in Wilhelmshaven und Kiel das Signal zur Erhebung der Soldaten und Arbeiter, vor allem in der Rüstungsindustrie. Überall bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die in vielen Regionen die öffentliche Gewalt übernahmen. Dieses war der Boden, auf dem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1919 vom Reichstag in Berlin aus die Republik ausrief, bevor ihm der sich auf den Spartakusbund, der späteren Kommunistischen Partei, stützende Karl Liebknecht zuvorkommen konnte.

In diesen Wochen erhob der Sozialreformer Silvio Gesell das Wort mit seiner Erklärung, dass trotz aller Beschwörungen, den Krieg ein für allemal zu ächten, in spätestens 25 Jahren ein noch schlimmerer Krieg ausbrechen werde, wenn nicht eine neue Geldordnung die Grundlage für den Weltfrieden lege. Seine Mahnung verhallte in den Revolutionswirren und den Machtkämpfen zwischen den verschiedenen politischen Gruppierungen, vor allem den Anhängern einer parlamentarischen Demokratie einerseits und einer sozialistischen Räterepublik andererseits. In Bayern wurde Kurt Eisner, einer der Anführer der Novemberrevolution, nach nur 100 Tagen im Amt des Ministerpräsidenten am 21. Februar 1919 ermordet.

Gesells Berufung

Der provisorisch regierende Zentralrat und der Revolutionäre Arbeiterrat riefen daraufhin am 7. April in der Landeshauptstadt

die erste Münchner Räterepublik aus, die von Ernst Niekisch (SPD), dem Präsidenten des Zentralrats, sowie dem Kulturphilosophen Gustav Landauer und dem Lyriker Erich Mühsam angeführt wurde. Diese schlugen dem Zentralrat Silvio Gesell als Volksbeauftragten für Finanzen vor.

Vor allem Gustav Landauer hielt Gesells Geld- und Bodenreform für die Grundlage einer freiheitlich-gerechten Gesellschaft. Seine Zeitschrift »Der Sozialist« (1909-1915) und sein Buch »Aufruf zum Sozialismus« von 1911 hatten viele anti-marxistische Anarchosozialisten in die Freigeld- und Freilandlehre Gesells eingeführt. Gesell bereitete im Frühjahr 1919 gerade in Berlin eine Neuauflage seines Hauptwerks »Die Natürliche Wirtschaftsordnung« (NWO) vor und reiste nach München, um mit Niekisch, der seit 1915 in der SPD für Gesells Ideen geworben hatte, über die Arbeit der Sozialisierungskommission der Regierung Hoffmann zu sprechen. Statt dessen bat ihn Niekisch, die Finanzen der neuen Räteregierung zu übernehmen.

Dreimännerbund an der Arbeit

Gesell sagte zu und begann sofort die Vorbereitung der stabilen Währung, der Bodenrentenabgabe zugunsten der Mütter und der Vermögensabgabe zur sozial gerechten Finanzierung der Kriegslasten. Ihm stellten



Vor allem Theophil Christen und Karl Polenske unterstützten Silvio Gesell 1919 in München.



sich Dr. phil. Theophil Christen und der Jurist Prof. Karl Polenske zur Verfügung. Der Schweizer Arzt und Mathematiker Christen wirkte an einem Strahlenforschungsinstitut in München. Prof. Polenske, Jurist, hörte über die Presse von Gesells Ernennung und reiste sofort von Rostock, wo er in der USPD wirkte, nach München. Er arbeitete als Rechtsberater und vor allem für die Werbung mit, Christen als Rechnungsbeirat. Allen war klar, dass sie ihre Reformen nicht nur gestützt auf den Zentralrat, sondern auch gestützt auf eine breite Mehrheit in der Bevölkerung durchführen mussten. Der erste Erlass aus dem Volkshaus für Finanzen an die Presse war daher eine Art Grundaufklärung des Volkes über die neue Währungspolitik.

Reichsbank gegen »Experimente«

Die Reichsbank, die Gesell schon vergeblich im Kriege vor ihrer Inflationspolitik

„Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: 'Nie wieder Krieg', entgegen all den Hoffnungen auf eine schönere Zukunft muß ich es sagen:

Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen.

Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. In den unzufriedenen Massen werden wilde revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.“

gewarnt hatte, setzte diese nach dem Krieg fort. Gesell war klar, dass dies in der Enteignung des Mittelstandes und der kleinen Sparern enden und diese in die Arme der politischen Rechten treiben würde. Bereits am dritten Arbeitstag kündigte er der Reichsbank in einem Telegramm an, die Währung sanieren zu wollen:

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Räterepublik Bayern und der Reichsregierung stellt uns vor die Frage, ob wir auch in Bezug auf die Währungen selbständig vorgehen sollen. Die Übertragung des diplomatischen Bruchs auf das Geldwesen würde den Wiederanschluss in beklagenswerter Weise erschweren. Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.

München, 10. April 1919

Silvio Gesell, Volksbeauftragter der Räterepublik Bayern für das Finanzwesen



Gustav Landauer, Vertreter eines kommunistischen Anarchismus und Unterstützer der Geld- und Bodenreform, wurde nach der gewaltsamen Niederschlagung der Münchner Räterepublik am 2. Mai 1919 im Zuchthaus Stadelheim ermordet. Ein Lynchmord, der nie gesühnt wurde.



Der anarchistische Schriftsteller Erich Mühsam wurde als »treibendes Element« der Räteregierung zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt, von denen er fünf Jahre absaß. 1934 wurde er von den Nationalsozialisten im KZ Oranienburg ermordet.

Das Telegramm erschien in der gesamten Reichspresse – überwiegend jedoch verfälscht. Reichsbankchef von Havenstein ließ sich von seinem Kurs nicht abbringen und telegraphierte zurück: »Ich warne Sie vor Experimenten!« Rolf Engert, der die Zeit in München miterlebte und auf dessen Buch »Silvio Gesell in München 1919« dieser Artikel hauptsächlich beruht, schrieb dazu: »In einem Augenblick, da selbst der verzweifeltste Versuch, der katastrophalen Entwicklung Einhalt zu tun, besser gewesen wäre als tatenloses Zuwarten, wagte man es, einen Mann, der, erster und einziger Fachmann auf diesem Gebiet, durch jahrzehntelange intensive Geistesarbeit auf alle notwendigen Aktionen vorbereitet, seine Hilfe selbstlos in den Dienst des Ganzen stellte, vor »Experimenten« zu warnen, während man selbst – auf dem Weg bombensicherer

Gewissheit freilich! – in den Abgrund hinaraste!«

Ganz akut galt Gesells Arbeit dem Wiederankurbeln der Wirtschaft, der Sicherung des täglichen Lebens besonders für Alte, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Gefallenen. In einer ersten Verlautbarung hieß es, die Bürger müssen »von der Währung eines Landes verlangen, daß die Kaufkraft des Geldes sich dauernd gleich bleibt, dass das Geld währe.«

Reformarbeit unter schwierigen Bedingungen

Bereits am 13. April wurden Gesell und seine beiden Mitstreiter zum ersten Mal festgenommen. Da sie vermuteten, München sei in die Hand der Bamberger Exil-Regierung gefallen, telegrafierte sie sofort an den Ministerpräsidenten Hoffmann und baten ihn, ihr Wirtschaftsprogramm zu prüfen und sie mit seiner Ausführung zu beauftragen. Es war ihr Bemühen, bei der Zuspitzung der Lage »mit einem wohl durchdachten Wirtschaftsprogramm den sachlichen Boden für eine Verständigung zu schaffen«, so Christen. In der Nacht gab es erneut Kämpfe und die drei wurden von den jetzt siegreichen roten Garden auf freien Fuß gesetzt. Am anderen Tage arbeiteten sie im Ministerium an der großen Vermögensabgabe weiter. Doch am Nachmittag teilte der Zentralrat telefonisch mit, Gesell sei seines Amtes

enthoben. Im Zentralrat erzielte die kommunistische Gruppe um Leviné die Oberhand und übernahm die Regierung als Zweite Räterepublik. Noch am Morgen hatten Gesell und seine Mitarbeiter für den Zentralrat und die Betriebsräte ein Aktionsprogramm ausgearbeitet, dessen Hauptpunkt eine gestaffelte Vermögensabgabe war:

1) Allgemeine große Vermögensabgabe zur Finanzierung folgender Aufgaben:

- a) Sicherung ausreichender Fürsorge für alle Kriegsbeschädigten unter Erweiterung dieses Begriffes auf alle gesundheitlich oder seelisch Geschädigten;
- b) Sicherung gerechter Fürsorge für alle Arbeitslosen und für alle, die durch den Krieg in Not gerieten und noch geraten werden;
- c) Sicherung der Fürsorge für die Hinterbliebenen;

d) Aufteilung des Großgrundbesitzes und Erstellung von Heimstätten für das städtische und ländliche Proletariat. Beschaffung von Nutzvieh und Arbeitsgerät für diese Heimstätten;

e) Tilgung aller Staats- und Gemeindeforderungen.

2) Einhergehend mit diesen finanziellen Aktionen soll mit grundstürzenden Reformen volkswirtschaftlicher Natur dem Kapitalismus zu Leibe gerückt werden, so dass seine Rückkehr für alle Zeiten ausgeschlossen bleibt:

- a) Durch Freigeld soll die allgemeine Zinswirtschaft in natürlicher Entwicklung abgebaut werden.
- b) Durch Freiland sollen die Grundrenten in die allgemeine Mütterkasse geleitet – allen Frauen eine Monatsrente für alle ihre Kinder ausgerichtet werden – Mutterrente, Mutterschutz – die Mütter sollen an die Stelle der Grundrentner treten.

Verhaftung wegen Hochverrats

Nach einer weiteren Woche wurden die roten Garden von der Reichswehr besiegt. Gesell und seine Mitarbeiter wurden mehrfach festgenommen und freigelassen, bis sie Anfang Mai offiziell verhaftet wurden. Polenske gelang es, nach Bamberg zu entkommen, wo er Kontakt mit der Landesregierung aufnehmen wollte, während Rolf Engert in München die Verteidigung seiner Freunde vorbereitete. Für den Anwalt Gundelwein stellte er aus der Wohnung Christens wichtige Unterlagen über die Arbeit im Finanzhaus zusammen, darunter auch ein von der kommunistischen Räteregierung gestopptes Radiotelegramm, mit dem Gesell zu einer internationalen Valutakonferenz nach München einlud. Aus Christens Tagebuch erfuhr Engert viel über die Arbeit im Finanzhaus und bis zur offiziellen Verhaftung. So besuchten Christen und Gesell nach der Absetzung der ersten Räteregierung durch den Zentralrat die Witwe Kurt Eisners, wo sie den gesundheitlich schwer angeschlagenen Gustav Landauer und Erich Mühsam trafen.

Nur kurze Zeit später sollte Gesell – inhaftiert in Stadelheim – hören, wie sein Gefährte Landauer ebenfalls eingeliefert und von einem Soldaten- und Zivilistenmob gewaltsam ermordet wurde. Bei seinem täglichen »Freigang« musste er an der eingetrockneten Blutlache vorbeigehen. Auch die standrechtliche Erschießung Levinés, des Anführers der kommunistischen Räteregierung, erlebte er aus der Zelle mit. Christens Schweizer Freunde organisierten eine Kautionszahlung. Für Gesell sammelte sein Bruder Roman ca. 100.000 Mk. und so wurde Gesell ebenfalls freigelassen. Sie konnten sich



Hätte Gesell sich in der Münchner Zeit mit seinem Reformprogramm durchsetzen und die zerrüttende Inflationspolitik der Reichsbank stoppen können, wären die Nazis nicht so stark geworden. Stattdessen schlug man seine Kritik an der Währungspolitik und seine Warnung vor einem neuen Krieg in den Wind.

nun in »Freiheit« auf die Prozesse am 9. Juli vorbereiten.

Gesells Verteidigungsrede – eine Anklage gegen Staat und Reichsbank!

Während der Zeit der Inhaftierung hatte Engert überlegt, wie er Gesell aufmuntern konnte, und mit einem wieder einmal freigegebenen Lebensmittelpaket eine Reclamausgabe von Shakespeares »Kaufmann von Venedig« in die Zelle geschmuggelt. Als es Gesell öffnete, schlug er gerade die Stelle auf, die für ihn treffend war und die er dann als Motto seiner Verteidigungsrede voranstellte: »Dies ist der Narr, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließer!« Mit diesen Worten übergab Shylock den verhafteten Antonio dem Gefängniswärter. Am Schluss seiner Rede ging Gesell nochmals auf diese Stelle ein und wandelte sie, auf seine Person zutreffend, ab: »Sie sehen meine Herren, dass es nicht so leicht ist, hier zu richten und unparteiisch als Anwälte einer verschuldeten Republik aufzutreten. Sie können doch unmöglich zugleich für Shylock und für seine Schuldner eintreten ... Ich greife den Zins wirksam an, ich habe die verwundbare Ferse des Kapitals entdeckt. Wenn Sie mich verurteilen, wird Shylock sein Wort wiederholen können: 'Dies ist der närrische Gesell, der Geld umsonst auslieh. Acht auf ihn, Schließer!' Sämtliche Spekulanten und Wucherer, Schutzzöllner und Müßiggänger werden Ihnen begeistert jubeln, und Sie werden sich der Liebkosung des Gesindels nicht erwehren können. Sprechen Sie mich dagegen frei, so nehmen Sie Partei für den Finanzminister, für die Steuerzahler, für das Proletariat, für die Bauern. Moses, Lykurg, Pythagoras, Licinius, die Kirchenväter wer-

den Ihnen verständnisvoll zunicken, sich zum letzten Mal im Grab herumdrehen und endlich die ewige Ruhe finden.«

Gesell drehte in seiner Verteidigungsrede den Spieß herum und klagte den Staat und vor allem die Reichsbank wegen der zügellosen Inflationspolitik scharf an. Er legte dar, wie mit dem von ihm empfohlenen Freigeld die Wirtschaft und damit die Demokratie zu stabilisieren und der Kapitalismus selbst zu überwinden war.

Die Weimarer Demokraten jedoch ließen die Reichsbank gewähren und entschuldeten den jetzt demokratischen Staat in einer Rieseninflation und zerstörten mit den durch Arbeit angesparten Vermögen des Mittelstandes auch das Vertrauen dieser Schichten in den neuen Staat.

Auf Rat seiner Freunde und seines Verteidigers hielt Gesell seine Rede nicht, sondern überließ es Gundelwein, die Anklage auf Hochverrat zu Fall zu bringen.

Freispruch vor dem Standgericht

Das Standgericht bestand aus 3 Zivil- und 2 Militärrichtern, Vorsitzendem und Staatsanwalt. Die Anklage hieß: Er habe es »gemeinsam mit anderen unternommen, die Verfassung des Bundesstaates Bayern gewaltsam zu ändern«. Christen und Polenske hätten dabei Hilfe geleistet. Auf Fragen des Vorsitzenden, warum er sich als Fremder zugetraut habe, die Finanzen Bayerns zu leiten und ob seine Reformen allein in Bayern durchführbar seien, sagte er: »Meine Hauptaufgabe war es, ein Wirtschaftsprogramm für Bayern und das Deutsche Reich auszuarbeiten. Die bayrischen Verhältnisse sind wie in der ganzen Welt. Die Schwierigkeiten sind die gleichen.«

Nach Gesell kam Dr. Christen an die Reihe. »Noch immer erschreckend bleich, aber von einer furchtlosen Angriffslust erfüllt, wie seine funkelnden Augen verrieten«, so Engert, habe er den Richtern ein in neun Thesen zusammengefasstes Papier verlesen, das in der Aussage gipfelte: »... Mit den Methoden der Reichsbank wird die Volkswirtschaft unter einer Monarchie ebenso ruiniert, wie unter einer Demokratie oder einer Räte-Republik. Selbst in einer Räte-Republik konnten wir dem bayrischen Volk aufs beste dienen, wenn Gesell das Steuer der Währung in die Hand nahm ...«

Nach weiteren Zeugenvernehmungen beantragte der Staatsanwalt die Verurteilung Gesells zu zwei Jahren Festungshaft, Dr. Christens zu einem Jahr und drei Monaten. Es folgte die schwungvolle Verteidigung Gundelweins, die nach einer Schilderung der Arbeit der Angeklagten folgendermaßen schloss: »... Die Eigenschaften, die diese beiden Männer in sich vereinigt haben, die allein können unserem armen Vaterland wieder aufhelfen.«

In der Verhandlungspause gab sich der Staatsanwalt auf dem Gang im Gespräch mit dem Verteidiger überzeugt, dass Gesell verurteilt würde. Doch als der Gerichtshof nach kurzer Beratung wieder erschien, verkündete er: Einstimmiger – kostenfreier – Freispruch! Engert schrieb dazu: »Man konnte sich bei dieser Urteilsverkündung des Gefühls nicht ganz erwehren, als habe auch der Gerichtshof durch den Lauf der Verhandlung, den Eindruck gewonnen, vor etwas Überragendem zu stehen, dem die Zukunft gehört.«



Georg Otto, Herausgeber der Zeitschrift »Alternativen«, lernte 1946 als 18-Jähriger die Lehre Gesells kennen. Er wirkte in der FSU, zeitweise der SPD, vor allem in den Grünen für die liberal-sozialen Positionen und

sucht sie außerdem über die Bürgerinitiative A3W-Alternative Dritter Weg an Parteien und Regierungen heranzutragen. Derzeit engagiert er sich für die Humanwirtschaftspartei, die am 30.8. erstmalig im Bündnis mit A3W an der Landtagswahl in Sachsen teilnimmt.

Dieser Text ist die gekürzte und bearbeitete Fassung eines 8-seitigen Beitrags in der Zeitschrift Alternativen Nr. 66/67 Sommer 2009. Die Langfassung mit Anmerkungen, die der Autor zur Diskussion stellt, ist zum Preis von 1.50 € (größere Mengen: Stück 1.00 € + 1.45 € Porto bis zu 500 Gramm = ca. 25 Ex.) zu beziehen beim Autor: Georg Otto, Gänseberg 11, 31079 Eberholzen, E-Mail: alternative-dritter-weg@t-online.de. Die Zeitschrift Alternativen finden Sie auch im Internet: www.alternativen.biz



Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ €.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 € ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 € gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- ☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 2 € Versandkosten.
☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 2 € / ab 10 € Bestellwert frei – die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Helmut Creutz:

Die 29 Irrtümer rund ums Geld



»Am Gelde hängt, zum Gelde drängt doch alles!« Wir werden in Sachen Geld leider als Analphabeten aus der Schule entlassen. Und selbst im »richtigen Leben« ist das Thema Geld für viele ein blinder Fleck. Aber was ist das eigentlich, dieses »Geld«? Unser allgemeines Wissen über Geld ist immer noch mit grundsätzlichen Fehlvorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern behaftet, von denen die wichtigsten in

diesem Buch behandelt werden.

Wer versteht schon die Strukturen unseres Geldsystems und deren unüberschaubare Auswirkungen auf den sozialen und ökologischen Bereich, auf die Arbeitslosigkeit, den Wachstumszwang und die leeren öffentlichen Kassen? In diesem Buch sind die wichtigsten Antworten pointiert und verständlich zusammengefasst.

Signum Wirtschaftsverlag, 303 Seiten, 9.95 €

DVD Gerechtes Geld – Gerechte Welt

Ein Film über die Erkenntnisse des
Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz



»So wie es dem Schriftsteller Michael Ende in seinem Märchen Momo meisterhaft gelungen ist, die Nebel und Fallstricke um das Geld mit den Mitteln des Gleichnisses darzustellen, so vermag es der Wirtschaftsanalytiker Helmut Creutz mathematisch klar mit übersichtlichen grafischen Darstellungen und in verständlicher Sprache, die Fehler unseres Geldsystems offen zu legen.

Er demaskiert mit einfachen Zahlen und eindeutigen Bildern die falsche Wissenschaftlichkeit einer Wirtschaftswissenschaft, die das fatale Problem unbeschränkten Wachstums in unserem begrenzten Lebensraum nicht wahrzunehmen bereit ist. Die sogenannten Wirtschaftsweisen stecken ihre Köpfe in den Sand, wiederholen automatenhaft beschwörend ihre Wachstumsparen und verspielen somit die Chance der Politik, die Weichenstellung für eine zukunftsfähige Welt zu verändern. Helmut Creutz macht dazu konkrete Vorschläge.« (Wolfgang Fischer, München)

Film von Frieder Mayrhofer, Laufzeit: 67 Minuten,
11.00 €, für Mitglieder zum Vorzugspreis von 9.00 €

INWO-T-Shirt (Fairtrade und Bio!)

Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter und fair gehandelter Baumwolle. Innerhalb der Produktionskette verpflichten sich alle Hersteller in Form einer Absichtserklärung soziale Standards einzuhalten.

Beidseitig bedruckt: vorne mit »70% WOLLE / 30% ZINS«, hinten mit »www.INWO.de«. Die T-Shirts sind in den Farben Dunkelblau und Schwarz und den Größen S, M, L sowie XL erhältlich. Weitere Farben, Größen, Schnitte und Stoffarten sind ab 8.00 € zu haben.

12.50 €

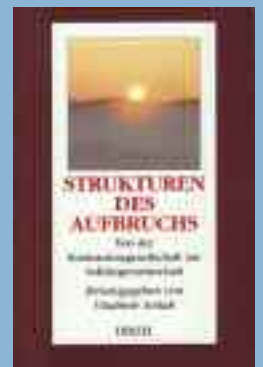


Vladimir Svitak:

Strukturen des Aufbruchs

Die bisherigen Bemühungen, zentrale Weltprobleme zu lösen, sind in vielen Bereichen ohne gewünschten Erfolg geblieben. Das vorliegende Buch verbindet konservative Wege mit visionären Neuerungen. Die Art des Querdenkens der Autoren ist nicht nur nützlich, sondern für jeden kreativen Prozess unverzichtbar. In den Beiträgen werden Strategien vorgestellt, die bis an die Wurzeln der Probleme gehen. Unternehmer, Wissenschaftler, Politiker sowie die Bevölkerung im allgemeinen können dem Buch Impulse entnehmen, die zur Lösung der Kernprobleme beitragen.

Hirzel Verlag, 206 Seiten, 7.00 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02,
E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!